

Ulrike Götz

Sachkunde Finanzanlagen

Fachwissen zur Vorbereitung auf die
IHK-Sachkundeprüfung für die Finanzanlagen-
vermittlung nach § 34f GewO

Ulrike Götz

Sachkunde Finanzanlagen

Fachwissen zur Vorbereitung auf die IHK-Sachkundeprüfung
für die Finanzanlagenvermittlung nach § 34f GewO

Ulrike Götz

Sachkunde Finanzanlagen

Fachwissen zur Vorbereitung auf die
IHK-Sachkundeprüfung für die Finanz-
anlagenvermittlung nach § 34f GewO

1. Auflage

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 VVW GmbH, Karlsruhe

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urhebergesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der VVW GmbH, Karlsruhe. Jegliche unzulässige Nutzung des Werkes berechtigt die VVW GmbH zum Schadenersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer.

Bei jeder autorisierten Nutzung des Werkes ist die folgende Quellenangabe an branchenüblicher Stelle vorzunehmen:

© 2018 VVW GmbH, Karlsruhe

Jegliche Nutzung ohne die Quellenangabe in der vorstehenden Form berechtigt die VVW GmbH zum Schadenersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer.



Beachten Sie bitte stets unseren Aktualisierungsservice auf unserer Homepage unter: **vww.de** → **Service** → **Ergänzungen/Aktualisierungen**
Dort halten wir für Sie wichtige und relevante Änderungen und Ergänzungen zum Download bereit.

Gleichstellungshinweis

Zur besseren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen verzichtet.

ISBN 978-3-89952-919-7

Vorwort

Nachfolgende Hinweise unterstützen Sie dabei, sich erfolgreich auf Ihre Prüfung vorzubereiten bzw. mit Hilfe dieses Buches Ihr bereits vorhandenes Fachwissen aufzufrischen.

Die Kapitelstruktur entspricht weitestgehend der Struktur des Rahmenplans „Geprüfter Finanzanlagenfachmann IHK/ Geprüfte Finanzanlagenfachfrau IHK“. Dies hat für Sie den Vorteil eines transparenten und durchgängigen roten Fadens. Diesen können Sie vor allem dann verwenden, wenn Sie dieses Buch nicht Seite für Seite, sondern modular nutzen möchten.

Die Wissensfragen am Ende jedes Kapitels sind aus urheberrechtlichen Gründen keine Original-IHK-Prüfungsaufgaben. Sie sind durch den in der Prüfung verwendeten Fragenstil (Einfachwahl- und Mehrfachwahlaufgaben) mit diesen vergleichbar und geben Ihnen Sicherheit für die Prüfung.

Die in diesem Buch verwendeten Fachbegriffe entsprechen nicht nur dem Branchensprachgebrauch, sondern sind ebenso wertvolle Grundlage für die Prüfung. Mittels hervorgehobener Infokästen finden Sie schnell und einfach die in den jeweiligen Kapiteln verwendeten Fachbegriffe. Ihr Prüfungstermin ist nicht mehr weit entfernt? Dann gehört das Fachbegriff-Vokabular auf jeden Fall zu Ihrer kurzfristigen Prüfungsvorbereitung.

Ich habe in dieser Überarbeitung des Vorgängerbuches „Geldanlage und Investmentvermögen“ die Visualisierungen in Form von anschaulichen Grafiken und Tabellen weiterentwickelt. Diese erleichtern Ihnen das schnelle Erfassen der wichtigsten Zusammenhänge innerhalb der einzelnen Kapitel. Die Textpassagen liefern Ihnen das darüber hinausgehende benötigte Detailwissen.

Die gesetzlichen Grundlagen sind als hervorgehobene Hinweiskästchen transparent und themenspezifisch für Sie nachvollziehbar.

Die Inhalte dieses Buches decken die aktuellen Prüfungsinhalte zum Erscheinungstermin dieses Buches ab. Der Rahmenplan der IHK ist jedoch nicht abschließend, d. h. es können weitere Detailthemen aufgegriffen werden. Aus diesem Grund schaue ich hier an der einen oder anderen Stelle mit Ihnen auch mal über den Tellerrand des derzeitigen Rahmenplans hinaus.

Ich hoffe sehr, Sie lernen nicht nur für die Prüfung? Mein Ziel ist es, Ihnen zusätzlich spannendes und handlungsorientiertes Wissen für Ihren späteren Praxiseinsatz aus meiner jahrelangen Vertriebs- und Trainererfahrung zu bieten. Hierzu dienen unter anderem die entsprechenden Praxis-Tipps.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
1 Kundenberatung	1
1.1 Serviceerwartungen des Kunden	1
1.2 Besuchsvorbereitung und Kundenkontakte	2
1.3 Kundengespräch	2
1.3.1 Kundensituation	2
1.3.2 Erstellung eines Kundenprofils	3
1.3.3 Kundenbedarf und anlegergerechte Lösungen	8
1.3.4 Gesprächsführung und Systematik	9
1.4 Kundenbetreuung	10
2 Kenntnisse für Beratung und Vertrieb von Finanzanlageprodukten	13
2.1 Wirtschaftliche Grundlagen	13
2.1.1 Markt und Beteiligte	14
2.1.2 Wirtschaftspolitik	25
2.1.3 Konjunktur	29
2.1.4 Die Europäische Zentralbank (EZB)	36
2.1.5 Basisrisiken der Wertpapieranlage	49
2.2 Grundlagen über Finanzinstrumente und Kategorien von Finanzanlagen	54
2.2.1 Geldanlageformen	54
2.2.2 Nicht börsennotierte Finanzanlagen	75
2.2.3 Börsennotierte Finanzanlagen	77
2.3 Allgemeine rechtliche Grundlagen	122
2.3.1 Vertragsrecht	122
2.3.2 Geschäftsfähigkeit	129
2.4 Rechtliche Grundlagen für die Finanzanlagenberatung und -vermittlung sowie Honorar-Finanzanlagenberatung	135
2.4.1 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)	136
2.4.2 Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV)	143
2.4.3 Kreditwesengesetz (KWG)	163

2.4.4	Geldwäschegesetz (GwG)	173
2.4.5	Finanzmarktrichtlinie MiFID	188
2.5	Vermittlerrecht	196
2.5.1	Rechtsstellung	196
2.5.2	Berufsvereinigungen/Berufsverbände	197
2.5.3	Arbeitnehmersvertretungen	200
2.6	Wettbewerbsrecht	203
2.6.1	Allgemeine Wettbewerbsgrundsätze	203
2.6.2	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	205
2.7	Verbraucherschutz	212
2.7.1	Grundlagen des Verbraucherschutzes	212
2.7.2	Schlichtungsstellen	218
2.7.3	Datenschutz	219
3	Offene Investmentvermögen	227
3.1	Märkte für Finanzanlagen	227
3.1.1	Geldmarkt	232
3.1.2	Rentenmarkt	238
3.1.3	Aktienmarkt	245
3.2	Konzept offener Investmentvermögen	255
3.2.1	Investmentidee, Funktionsweise und Struktur	255
3.2.2	Fachbegriffe	268
3.3	Fondsarten	285
3.3.1	Geldmarktfonds	293
3.3.2	Rentenfonds	296
3.3.3	Aktienfonds	303
3.3.4	Mischfonds	310
3.3.5	Offene Immobilien-Sondervermögen	312
3.3.6	Dachfonds	320
3.3.7	Hedgefonds	324
3.3.8	Zertifikatefonds	329
3.3.9	Garantiefonds (Wertsicherungsfonds)	330
3.3.10	No-load-Funds	331

3.3.11	Ausschüttende und thesaurierende Investmentvermögen	332
3.3.12	Länder-, Regionen- und Branchenfonds	333
3.3.13	Laufzeitfonds	334
3.3.14	Exchange Traded Funds (ETFs)	335
3.3.15	Publikumsinvestmentvermögen	341
3.3.16	Spezial-AIF	342
3.3.17	Anteilklassen	343
3.4	Chancen, Risiken und Haftung	352
3.4.1	Chancen	352
3.4.2	Risiken	353
3.5	Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)	359
3.6	Steuerliche Behandlung	371
3.6.1	Investmentsteuergesetz (InvStG) – neue Fassung 2018.	371
3.6.2	Einkommensteuer	373
3.6.3	Einkünfte aus Kapitalvermögen	379
3.6.4	Freistellungsauftrag, Nichtveranlagungsbescheinigung und Verlustverrechnung	394
3.6.5	Vererbung und Schenkung	400
3.7	Eröffnung, Gestaltung und Führung von Depotkonten.	412
3.8	Staatliche Förderung von offenen Investmentvermögen	424
3.8.1	Zielgruppen	424
3.8.2	Vermögenswirksame Leistungen gemäß dem 5. Vermögensbildungsgesetz.	426
3.8.3	Riester-Rente mit Investmentsparplänen.	436
3.9	Anlageprogramme	454
3.9.1	Investment-Sparplan	454
3.9.2	Einmalanlage	457
3.9.3	Auszahlplan	458
3.10	Rating und Ranking	462
4	Geschlossene Investmentvermögen.	469
4.1	Vertragsbeziehungen, Funktionsweise und Struktur	470
4.1.1	Vertragsbeziehungen	470
4.1.2	Funktionsweise	478

4.1.3	Abgrenzung zu anderen Kapitalanlageformen.	487
4.1.4	Der Beratungsprozess	489
4.2	Arten von geschlossenen Investmentvermögen	497
4.2.1	Geschlossene Immobilienfonds und Projektentwicklungsfonds	503
4.2.2	Schiffsfonds	507
4.2.3	Containerfonds.	510
4.2.4	Leasingfonds	512
4.2.5	Infrastrukturfonds.	515
4.2.6	Private-Equity-Fonds	516
4.2.7	Umweltfonds – die Investition in erneuerbare Energien	518
4.2.8	Medien- und Games-Fonds	520
4.2.9	Lebensversicherungs-Zweitmarktfonds bzw. Policenfonds	521
4.3	Chancen, Risiken und Haftung	526
4.3.1	Die Vorteile und Chancen	526
4.3.2	Die Risiken.	529
4.3.3	Risikoabsicherung	537
4.3.4	Haftung	538
4.3.5	Kriterien für die Risikoeinschätzung.	540
4.3.6	Das Rating von geschlossenen Investmentvermögen.	544
4.4	Fachbegriffe	549
4.5	Rechtliche Grundlagen.	557
4.5.1	Kapitalanlagegesetzbuch.	557
4.5.2	Handelsgesetzbuch	564
4.6	Steuerliche Behandlung.	567
4.6.1	Einkommensteuer	567
4.6.2	Doppelbesteuerungsabkommen	573
4.6.3	Gewinnerzielungsabsicht.	576
4.6.4	Übertragung, Vererbung und Schenkung	577
4.7	Auflösung stiller Reserven	583

5 Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Vermögensanlagengesetzes	587
5.1 Anlageformen	589
5.1.1 Genussrechte	589
5.1.2 Stille Beteiligungen	597
5.1.3 Namensschuldverschreibungen	601
5.1.4 Genossenschaftsanteile	605
5.1.5 Geschlossene Unternehmensbeteiligungen nach VermAnlG	615
5.1.6 Treuhandvermögen	621
5.1.7 Partiarische Darlehen	623
5.1.8 Nachrangdarlehen	624
5.1.9 Schwarmfinanzierungen (Crowdinvesting/Crowdfunding)	625
5.1.10 Sonstige Anlagen (Direktinvestments)	626
5.2 Chancen, Risiken und Haftung	632
5.3 Fachbegriffe	636
5.4 Rechtliche Grundlagen	641
5.4.1 Vermögensanlagengesetz (VermAnlG)	641
5.4.2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	646
5.4.3 Handelsgesetzbuch (HGB)	648
5.4.4 Genossenschaftsgesetz (GenG)	649
5.5 Steuerliche Behandlung	654
5.5.1 Einkommensteuer	654
5.5.2 Doppelbesteuerungsabkommen	656
5.5.3 Gewinnerzielungsabsicht	657
5.5.4 Die Übertragung, Vererbung und Schenkung von Vermögensanlagen	657
Lösungen zu den Aufgaben	661
Abbildungsverzeichnis	669
Stichwortverzeichnis	679

1 Kundenberatung

Der Fokus dieses Buches liegt auf dem für die schriftlichen Prüfungsteile (Teilprüfungen 2 und 3 der IHK Sachkundeprüfung „Geprüfter/-te Finanzanlagenfachmann/-frau IHK“) relevanten Fachwissen.

Dessen Anwendung ist darüber hinaus ein Teil des Beratungsgesprächs der praktischen Prüfung (Teilprüfung 1 der IHK Sachkundeprüfung „Geprüfter/-te Finanzanlagenfachmann/-frau IHK“).

Die nachfolgenden Kapitel sollen Ihnen einen Einstieg in die Prüfungsvorbereitung auf die praktische Prüfung geben.

Als Basis für das Prüfungs-Beratungsgespräch hat die IHK Fallvorgaben entwickelt, die im Internet veröffentlicht sind (<https://www.dihk.de/themenfelder/gruendung-foerderung/sach-und-fachkundepruefungen/finanzanlagenvermittler/finanzanlagenvermittler>)).

Die Gesprächsstruktur des Anlageberatungsgesprächs sollte aus den im Rahmenplan genannten Bausteinen bestehen und die Vorgaben der Finanzanlagenvermittlungsverordnung (siehe Kapitel 2.4.2 Finanzanlagenvermittlungsverordnung) berücksichtigen.

Die Prüfer entwickeln individuell zu jeder Fallvorgabe ein Anlegerprofil.

Aufgabe des Prüflings ist es, durch auf den Fall bezogene offene Fragen dieses Anlegerprofil herauszufinden, um eine geeignete Anlageempfehlung abgeben zu können.

Die nachfolgenden Grundlagen für die Kundenberatung können Sie als erste Prüfungsvorbereitung und als Tipps für Ihren ersten Praxiseinsatz in der Beratung von Finanzanlageprodukten nutzen.

1.1 Serviceerwartungen des Kunden

Die Serviceerwartungen des Kunden können wie folgt zusammengefasst werden:

- kundenorientiertes Verhalten
- qualifizierte Beratung
- dauerhafte Betreuung
- persönliche Serviceleistungen über Vertragsbestandteile hinaus

Insbesondere zu einem kundenorientierten Verhalten enthält die Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV) grundsätzliche Anforderungen: Der Gewerbetreibende ist verpflichtet, seine Tätigkeit mit der erforderlichen Sachkenntnis, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit im Interesse des Anlegers auszuüben (§ 11 FinVermV).

1.2 Besuchsvorbereitung und Kundenkontakte

Im Zusammenhang mit der Finanzanlage bieten sich viele Gesprächsanlässe, um das Kundeninteresse zu wecken.

Nachfolgend eine mögliche Auswahl:

- persönliche Vorstellung als Ansprechpartner für Finanzanlagen
- Bestandsaktionen
- aktuelle Ereignisse oder Gesetzesänderungen
- neue Produkte
- Portfolio-Optimierung (z. B. Anpassung der Auswahl an offenen Investmentvermögen im Depot)
- veränderte Marktbedingungen oder Kundensituation
- Angebot von Serviceleistungen
- Empfehlungen

In den Fallvorgaben der IHK ist der jeweilige Gesprächsansatz enthalten und beschrieben.

1.3 Kundengespräch

1.3.1 Kundensituation

Zur Klärung der Kundensituation gehören vor allem diese drei Aspekte:

- Fragen nach den notwendigen Kundendaten (Name, Alter, Familienstand u. a.)
- Bestandsaufnahme bestehender Finanzanlage- und Vermögensanlageprodukte
- Anliegen des Kunden erfragen und berücksichtigen (Vermögensaufbau, Anlage eines bestimmten Geldbetrages, zusätzliche Altersvorsorge u. ä.)

Die Klärung der Kundensituation dient erst einmal der Erfassung der Kundenangaben, d. h. fragen, fragen, fragen wie beispielsweise:

- Zur persönlichen Situation:
 - Wie ist Ihre familiäre Situation (verheiratet, Kinder ...)?
 - In welchem Alter sind Ihre Kinder?
- Zur beruflichen Situation:
 - Wie ist Ihre berufliche Situation (angestellt, selbstständig, arbeitslos ...)?

- Zur finanziellen Situation:
 - Welche Einkommensverhältnisse bestehen?
 - Welches Vermögen besteht bereits und wie ist es angelegt?
 - Was planen Sie mit dem angesparten Geld?
 - Wofür möchten Sie neu sparen bzw. Geld anlegen?
- Zur steuerlichen Situation:
 - Welche steuerlichen Aspekte sind zu beachten?
 - Ist der Freistellungsauftrag schon ausgeschöpft oder welcher Betrag ist noch verfügbar (ab 1. 1. 2018: ergänzt um die Frage nach der Ausschöpfung des Freibetrages für Veräußerungsgewinne)?

1.3.2 Erstellung eines Kundenprofils

Als Nächstes geht es darum, den aktuellen Anlagebedarf mit dem Kunden im Detail zu klären.

Bevor Sie Ihrem Kunden das passende Produkt anbieten können, ist die Ermittlung seines Anlegertyps, seiner Risikofähigkeit und -bereitschaft sowie eine strukturierte Zusammenfassung der allgemeinen und individuellen Anlegerziele hilfreich.

Nachfolgend finden Sie einige Anregungen hierzu.

Anlegertyp

Als Einstieg zur Ermittlung und Priorisierung der grundsätzlichen Anlegerbedürfnisse können Sie das Vermögensanlagedreieck heranziehen (siehe Kapitel 2.2.1 Geldanlageformen).

Risikofähigkeit des Anlegers: bisherige Anlageerfahrung und vorhandene Vermögens- und Einkommensverhältnisse

Welche Wertpapiergeschäfte hat der Anleger bisher getätigt und seit wann hat er mit einzelnen Produktkategorien Erfahrungen gesammelt? Das sind die wesentlichen Fragen, um die Anlageerfahrung des Anlegers konkret festzustellen.

Anlegergerechte Beratung heißt zu prüfen, ob sich der Kunde ein Risiko bei seiner Geldanlage überhaupt leisten kann.

Hierzu ist die Klärung folgender Fragen mit dem Kunden erforderlich:

- Über welches für Anlagezwecke frei verfügbare Monatseinkommen verfügen Sie?
- Über welches für Anlagezwecke frei verfügbares Vermögen verfügen Sie?
- Welchen Umfang hat Ihr Nettovermögen (inkl. Sparguthaben, Wertpapiere, Immobilien, sonstige Vermögenswerte, abzüglich Verbindlichkeiten)?

Risikoneigung und Risikobereitschaft – das Anlageverhalten

„Welcher Anlegertyp entspricht Ihrem Anlageverhalten?“ Das muss der Anleger entscheiden und kann dabei nur einen Typ auswählen (ansonsten gilt der Anlegertyp, der den niedrigeren Risiko- & Ertragsindikatoren entspricht). Hilfestellung geben dabei konkret formulierte Beispiele zu den Detailmerkmalen Anlageziel, Risiken, Chancen und Anlagedauer.

Anlegertyp	Anlageziel	Risiken	Chance	Anlagedauer ¹	Risiko-Ertrags-indikator
sicherheitsorientiert	die Substanzerhaltung der Anlage steht im Vordergrund	minimale Kursschwankungen	eine marktgerechte Verzinsung	eher kurz- bis mittelfristig	1/2
konservativ	die Sicherheit der Anlage ist wichtig, aber für die Renditevorteile werden Kursverluste in Kauf genommen	kurzfristig moderate Kursschwankungen sind möglich; mittel-/ langfristig ist ein Vermögensverlust unwahrscheinlich	eine marktgerechte Verzinsung, die in der Regel über der von Spar- und Festgeldanlagen liegt	eher mittel- bis langfristig	1 / 2 / 3 / 4
gewinnorientiert	die Ertragserwartungen gehen über das marktübliche Zinsniveau hinaus	höhere Kursschwankungen aus Aktien-, Zins- und Währungsentwicklungen	Erwirtschaftung einer langfristig höheren Rendite	eher langfristig	1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6
risikobewusst	die Ertragserwartungen gehen deutlich über das marktübliche Zinsniveau hinaus; der Vermögenszuwachs resultiert vorrangig aus Marktchancen	nicht kalkulierbare Verlustrisiken	Erwirtschaftung einer langfristig hohen Rendite	langfristig	1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7

Abb. 1: Wertpapierhandelsgesetz

Quelle: Allianz Global Investors KAG, Ausgzu aus Online-Formular „Frage nach Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)“ www.allianzglobalinvestors.de

Das Wertpapierhandelsgesetz schreibt nur die Rahmenbedingungen fest, gibt jedoch keine konkreten Vorgaben bezüglich Bezeichnung der einzelnen Anlegertypen.

Aus diesem Grund finden sich bei unterschiedlichen Kapitalverwaltungsgesellschaften und Banken auch unterschiedliche Bezeichnungen und Beschreibungen der einzelnen Anlegertypen.

Üblich ist eine Einteilung in bis zu 5 Anlegertypen.

Einige der häufigsten Bezeichnungen:

Anlegertyp 1 – sicherheitsorientiert

Anlegertyp 2 – ertragsorientiert, konservativ

Anlegertyp 3 – wachstumsorientiert, gewinnorientiert

Anlegertyp 4 – chancenorientiert, risikobewusst

Anlegertyp 5 – spekulativ

Die Zuordnung der Risiko-Ertrags-Indikatoren (Risiko-Ertragsprofil bezogen auf das Anlageprodukt) zu den einzelnen Anlegertypen ist ein erster Schritt zur Auswahl des passenden Investmentvermögens.

Risiko-Ertrags-Indikatoren entsprechen einer Skala von 1–7:

- 1 steht für ein hohes Sicherheitsbedürfnis (Ziel: Substanzerhalt), eine geringe Renditeerwartung (Ziel: marktgerechte Verzinsung auf Sparbuch- oder Festgeldniveau), geringe Risikobereitschaft (nur minimale Kursschwankungen werden toleriert) und eine kurze Anlagedauer
- 7 bedeutet ein geringes Sicherheitsbedürfnis (Ziel: Marktchancen nutzen), eine hohe Renditeerwartung (Ziel: hohe Rendite über Kapitalmarktniveau), eine hohe Risikobereitschaft (Toleranzgrenze bis hin zum Totalverlust der Kapitaleinlage) und eine langfristige Anlagedauer

Darüber hinaus gilt in der Regel:

- Bei einem langfristigen Anlagehorizont können sich kurzfristig mögliche Kursschwankungen wieder ausgleichen.
- Je länger die Anlagedauer, umso höher der Zinssatz (in Bezug auf die Marktverzinsung).
- Allgemeine Anlegerziele

Zu den allgemeinen Anlegerzielen gehören:

- Vermögensaufbau durch regelmäßige Investitionen (Sparplan)
- Vermögensanlage durch einmalige Geldanlage (Einmalanlage)
- Vermögensnutzung durch regelmäßige Entnahmen (Entnahme- oder Auszahlplan)
- Vermögensübertragung durch Vererbung und Schenkung
- Im Detail gehe ich auf diese allgemeinen Anlegerziele im Kapitel 3.9 Anlageprogramme ein.

Individuelle Anlegerziele

Bewährt ist hier eine Strukturierung nach Anlagehorizont und Verwendungszweck.

Fragen Sie Ihren Kunden, wofür und bis wann er einen Vermögensaufbau betreiben möchte. Als Beispiel können ein neues Auto in 4 Jahren oder eine Europarundreise in 5 Jahren das individuelle Anlegerziel dienen.

Wofür dient die Vermögensanlage? Und wann wird das Geld für dieses individuelle Anlageziel konkret benötigt? Als Beispiel könnte Ihr Kunde auch Zinserträge als zusätzliches Einkommen ohne eine bestimmte Fälligkeit nennen.

Welcher Anlagebetrag soll der Vermögensnutzung dienen und wann und in welcher Ausgestaltung? Als Beispiel kommt hier die zusätzliche private Rente durch monatliche Auszahlungen ab Rentenbeginn unter Substanzerhalt des Kapitals in Frage.

Wann ist eine Vermögensübertragung geplant? Einige Kunden wollen mit „warmen Händen“ schenken oder ihr Erbe unter steuerlichen Gesichtspunkten rechtzeitig ordnen.

Hierzu ein Beispiel, wie sich die Kundenaussagen zu seinen individuellen Anlegerzielen auf einem „weißen Blatt Papier“ darstellen lassen:

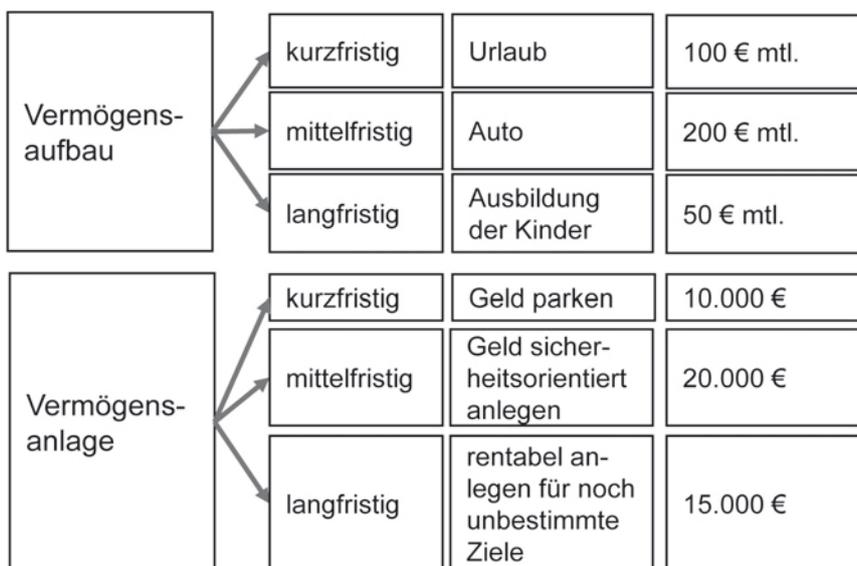


Abb. 2: Vermögensaufbau und Vermögensanlage

Aktuelle Bedarfsanalyse und langfristige Planung

Zu jedem Anlageberatungsgespräch mit einem Neukunden gehört eine umfassende Bedarfsermittlung/-analyse. Nicht nur, weil das der Anlegerschutz durch viele Regulierungen vorschreibt, sondern vor allem, weil es für Anleger und Verkäufer wichtige Anhaltspunkte bietet, miteinander vertrauensvoll und nachhaltig ins Geschäft zu kommen.

Aber auch für Bestandskunden gilt: Ziele ändern sich. In der Regel macht es spätestens nach 2 Jahren Sinn, mit dem Kunden das Gespräch zu suchen, um herauszufinden, ob sich seine Ziele verändert haben und die Vermögensstruktur ggf. angepasst werden sollte.

Unter dem Aspekt „Welchen finanziellen Bedarf werde ich voraussichtlich in den verschiedenen Phasen meines Lebens haben?“ ist es vorteilhaft, sich rechtzeitig Gedanken zu machen und sich kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele zu setzen. Ein typisches Kurzfristziel könnte der nächste Urlaub sein. Mittelfristig könnte an den Erwerb eines neuen Autos gedacht werden. Die gesicherte Ausbildung der Kinder oder die eigene Altersvorsorge sind klassische Langfristziele. Der Anleger entscheidet, welche Prioritäten er setzen möchte, welche Ziele er unbedingt erreichen will und welche ihm weniger wichtig sind.

Natürlich führt jede Planung nur dann wirklich zum Erfolg, wenn für jedes gewählte Ziel ein realistischer Zeitrahmen gesetzt wird, d. h. die vorhandenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse einbezogen werden und natürlich der Plan danach auch in die Tat umgesetzt wird.



Abb. 3: Lebensplanung: Ein Beispiel

Bereits vorhandene Geldanlagen sind in die Planung mit einzubeziehen. Vielleicht stehen die Mittel für das Erreichen des Kurzfristziels (zum Beispiel in Form eines Sparguthabens) bereits zur Verfügung?

Sollte bereits Immobilienvermögen vorhanden sein, macht ein weiteres offenes Immobilien-Sondervermögen i. d. R. keinen Sinn, da damit die Risikostreuung bei der Anlage vernachlässigt würde.

Die steuerliche Situation kommt insbesondere nach der Ausschöpfung des Sparerpauschbetrags ins Spiel. Im Zweifelsfall sollte man immer auf den Steuerberater verweisen.

Zuerst gilt es, die existenzbedrohenden Risiken abzudecken (Produktbereich: Versicherungen) und Reserven für Unvorhergesehenes („Notgroschen“) zu bilden. Erst danach folgen die eigentliche Geldanlage und der Vermögensaufbau.

So selbstverständlich es klingt, aber ist es überhaupt so einfach, sein Leben mit Zielen durchzuplanen? Und wer macht das regelmäßig? Sicher nicht jeder Anleger. Da helfen entsprechende Fragestellungen seitens des Verkäufers. Und ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte: Nutzen Sie das Bild des Lebensphasenmodells, um den finanziellen Bedarf für die Ziele und Wünsche des Anlegers zu ermitteln und aufzuzeigen.

Überprüfen Sie doch einmal Ihre eigene Lebensplanung. So können Sie sich am besten in Ihren Kunden hineinversetzen: Worauf ist zu achten? Was wird leicht vergessen? Was sind die Herausforderungen?

1.3.3 Kundenbedarf und anlegergerechte Lösungen

Im nächsten Schritt der Kundenberatung geht es um die Empfehlung einer bedarfsgerechten Lösung. Hierbei sind die Ermittlungen der Kundensituation und des Kundenprofils zu berücksichtigen.

Merkmale einer bedarfsgerechten Lösung sind:

- Prioritäten des Kunden für die Anlage berücksichtigen (z. B. Sicherheit)
- Finanzielle Lücken in der Lebensphasenplanung schließen (z. B. zusätzliche private Altersvorsorge mit Finanzanlageprodukten)
- Kundennutzen herausstellen

Die für den Geschäftsabschluss erforderliche Depoteröffnung bzw. die entsprechenden Kauf- oder Verkaufsaufträge sind gemeinsam mit dem Kunden zu gestalten. Nähere Informationen hierzu finden Sie auch im Kapitel 3.7 Eröffnung, Gestaltung und Führung von Depots.

Insbesondere in dieser Schlussphase der Kundenberatung ist auf ein rechtskonformes Verhalten zu achten, beispielsweise bei der Erstellung des Beratungsprotokolls. Ausführliche Hinweise hierzu finden Sie im Kapitel 2.4.2 Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV).

1.3.4 Gesprächsführung und Systematik

In der praktischen Prüfung wird von Ihnen eine kundenorientierte Gesprächsführung mit Struktur und Systematik erwartet.

Die Gesprächsführung im Sinne dieser IHK-Prüfung wird im Rahmenplan wie folgt beschrieben:

1. Situationsgerecht gestaltete Gesprächseröffnung:
 - Begrüßung
 - Vorstellung der eigenen Person (statusbezogene Informationspflicht)
 - Information zu Gesellschafts-, Vermittler- und Beraterstatus (für welche Gesellschaft werden Produkte vermittelt, und handelt es sich um eine provisions- oder honorarbasierte Beratung bzw. Vermittlung)
 - Bezugnahme auf den Gesprächsanlass
 - Servicehinweis (beispielsweise, dass auf Wunsch des Kunden der Verkaufsprospekt kostenlos in Papierform zur Verfügung gestellt werden kann)
 - Schaffung eines angenehmen Gesprächsklimas
2. Partnerorientierte Kundengesprächsführung:
 - Kundenorientierte Sprache, wie beispielsweise der Verzicht auf unnötige Fachbegriffe
 - Auf Kundensituation eingehen
 - Kundennutzen herausstellen
 - Kundenbezogene Beispiele verwenden
 - Aktiv zuhören, d. h. Aussagen des Kunden ggf. hinterfragen
 - Verkaufshilfen gesprächsfördernd einsetzen
 - Visualisierungen
 - Arbeits- und kundenorientierte Sitzposition
 - Kundensignale beachten
3. Einwände und Argumente des Kunden beachten:
 - Verständnis zeigen und nachfragen
 - Hilfestellung geben
 - Kundenwünsche ernst nehmen
4. Gesprächszusammenfassung vornehmen:
 - Kundennutzen wiederholen und herausstellen
 - Übereinstimmungen herstellen

5. Gestaltung des Gesprächsabschlusses:

- Kundenentscheidung als mögliche Lösung bestätigen
- Folgetermin vereinbaren (Cross- bzw. Upselling)
- Empfehlungen einholen (bei Kontaktaufnahme bitte die Vorgaben des Datenschutzes beachten)

In der praktischen Prüfung wird von Ihnen erwartet, dass Sie das Gespräch bis einschließlich zu einer ersten Anlageempfehlung führen. Somit ist eine klare Gesprächsstruktur auch eine wertvolle Unterstützung bei Ihrem erforderlichen Zeitmanagement, denn das Prüfungs-Beratungsgespräch dauert nur 20 Minuten.

1.4 Kundenbetreuung

Bei der laufenden Kundenbetreuung schließt sich der Kreis. Das heißt, die Gesprächsanlässe, die bereits zur Kundenkontaktaufnahme genutzt wurden, bieten auch wertvolle Ansätze für die weitere Kundenbetreuung.

Diese Serviceleistungen kommen beispielsweise für die laufende Kundenbetreuung in Frage:

- Information über Gesetzesänderungen
- Erreichbarkeit
- Beratung bei veränderter Beratungssituation bzw. Anlegerprofil
- Beratung bei Marktveränderungen
- Anlageberatung aus „einer Hand“
- Ordnen der Anlageunterlagen
- Information über zukünftige Betreuung

Überprüfen Sie regelmäßig zusammen mit Ihren Kunden, ob die ursprünglichen Anlegerziele noch der aktuellen Lebensplanung entsprechen.

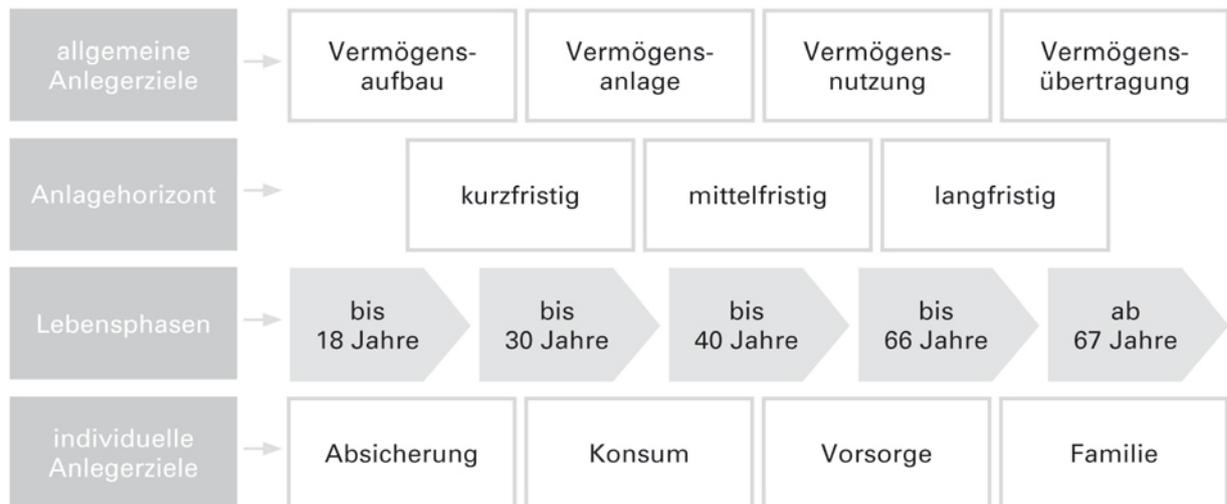


Abb. 4: Finanzielles Lebensphasenmodell

Die Mühe lohnt sich:

- für den Anleger: kompetente Rundum-Betreuung aus einer Hand
- für den Berater/Vermittler: Neugeschäft, Zusatzgeschäft, Bestandssicherung, Kundenbindung

Stellen Sie sich doch einmal Ihre eigenen Lebensphasen mit konkreten Beispielen zusammen. Die Zeitspanne der einzelnen Lebensphasen können Sie dabei selbstverständlich individuell anpassen oder eine zusätzliche Lebensphase einfügen.

Das Wichtigste zusammengefasst:

Die Kundenberatung umfasst neben der Besuchsvor- und -nachbereitung und dem eigentlichen Kundengespräch selbst, auch einen „roten Faden“ für die Gesprächsführung.

Sie kennen nun:

- mögliche Serviceerwartungen des Kunden
- Gesprächsanlässe für die Besuchsvorbereitung, um das Kundeninteresse zu wecken
- Fragestellungen, um die Kundensituation zu analysieren
- Eckpunkte der aktuellen und langfristigen Anlagebedarfsklärung wie Anlegertyp, Risikofähigkeit und Risikobereitschaft des Kunden sowie allgemeine und individuelle Anlegerziele
- Merkmale bedarfsgerechter Lösungen
- Systematik für die Gesprächsführung
- Ansätze für die laufende (Bestands-)Kundenbetreuung

Sie verstehen diese Rahmenbedingungen der Kundenberatung als Ergänzung zu Ihren bereits vorhandenen Erfahrungen und Kenntnissen in der Kundenberatung.

Sie nutzen Ihre Beratungskompetenz für erfolgreiche und nachhaltige Geschäftsabschlüsse und die Vertrauensbildung zu Ihren Kunden.

2 Kenntnisse für Beratung und Vertrieb von Finanzanlageprodukten

2.1 Wirtschaftliche Grundlagen

Es ist Donnerstagsmorgen, der 10. 3. 2016, und alle warten gespannt auf die heutige Entscheidung der EZB. Und dann kommt sie: Der Leitzins wird auf Null Prozent gesenkt und, die Banken müssen für ihre Einlagen bei der EZB zukünftig 0,4 % Strafzinsen, d. h. negative Zinsen zahlen, anstatt dass sie für ihr Geld Zinsen von der EZB erhalten. Viele Sparer stellen sich nun die Frage, ob auch sie Strafzinsen für Spar- und Termingeldguthaben an ihre Bank zahlen müssen. Wer dagegen gerade einen Immobilienkauf und die dazu gehörende Finanzierung plant, darf sich freuen. Denn die Bauzinsen befinden sich weiterhin auf einem historischen Tiefstand.

Was bedeutet dies für Fondsanleger? Der Aktienfondsanleger kann beispielsweise profitieren. Denn das Ziel der EZB ist es, die Banken dazu zu bewegen, mehr günstige Kredite an ihre Kunden zu vergeben, um die Wirtschaft anzukurbeln. Würde das geschehen, wäre dies ein positives Signal für den Aktienmarkt. Doch wie funktioniert dieser Mechanismus genau, und welche weiteren wirtschaftlichen Einflussfaktoren wirken auf die Finanzmärkte ein?

Sie sehen, schon sind wir mittendrin in den wirtschaftlichen Grundlagen und ihren Auswirkungen auf Finanzanlagen. Die Kenntnisse hierüber sind das Fundament zum Verständnis der Geschehnisse an den Finanzmärkten und liefern Ihnen interessantes Hintergrundwissen und spannende Gesprächsaufhänger mit Ihren Kunden.

Konjunktur Preisbildung Angebot und Nachfrage
 Magisches Viereck der Wirtschaftspolitik Deflation
 Bruttoinlandsprodukt Mindestreserve Leitzins
 Basiszins Offenmarktgeschäfte Konjunkturphasen
 Außenbeitrag Inflationsrate Ständige Fazilitäten
 Arbeitslosigkeit Geldpolitik Refinanzierungsgeschäfte
 Expansion, Boom, Rezession, Depression

Abb. 5: Fachbegriffe: wirtschaftliche Grundlagen

Welche dieser Begriffe kennen Sie bereits? Oder haben Sie davon gehört oder gelesen? Was stellen Sie sich unter dem einen oder anderen Begriff vor? Am Ende dieses Kapitels haben Sie mit Ihren Kenntnissen zu diesen Fachbegriffen die ersten Punkte für Ihre Finanzanlagenfachmann-/fachfrau-Prüfung in der Tasche.

Praxistipp:

Interessante Informationsquellen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland:

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de Startseite/Zahlen&Faktien/Indikatoren/Konjunkturindikatoren

Institut für Weltwirtschaft: www.ifw-kiel.de

Die in diesem Kapitel dargestellten wirtschaftlichen Grundlagen sollen Ihnen ein solides Basiswissen vermitteln. Sie erheben keinen Anspruch auf ein umfassendes volkswirtschaftliches Wissen, sondern sollen vorhandenes Allgemeinwissen auffrischen. Dazu werde ich unter anderem auf prüfungsrelevante volkswirtschaftliche Grundmodelle eingehen, die sich in der aktuellen Praxis durchaus komplexer darstellen können, als hier betrachtet.

2.1.1 Markt und Beteiligte

Wie funktioniert ein Markt im Allgemeinen und welche Beteiligten spielen welche Rolle?

Ursprünglich fanden wirtschaftliche Aktivitäten auf den ersten Märkten, den Tauschmärkten, nach dem Prinzip „Ware gegen Ware“ statt. Mit zunehmenden Handelsaktivitäten über den eigenen regionalen Markt hinaus stieg der Bedarf nach einem geeigneten Wertaufbewahrungsmittel. Denn welchen Wert hat beispielsweise eine Kartoffel gegenüber einem Ballen Stoff? Ein Wertaufbewahrungsmittel muss sich selbst durch Knappheit und Wertbeständigkeit auszeichnen. Am Ende entstand hieraus unser heutiges Geld, beispielsweise in Form des Euro als Landeswährung. Ein Markt muss heute kein realer Marktplatz mehr sein, sondern besteht beispielsweise als Onlineshop oder als virtueller Markt (Beispiel: Computerhandel von Wertpapieren).

Markt

Ein Ort, an dem Angebot und Nachfrage nach einem Handelsgut (Ware, Geld oder Dienstleistung) aufeinandertreffen und sich ein Preis für das jeweilige Handelsgut bildet.

Wie funktioniert ein Markt, d. h. welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Für einen funktionierenden Markt sind grundsätzlich nachfolgende Voraussetzungen notwendig:

- mindestens 1 Anbieter (Verkäufer von Waren, Dienstleistungen oder Geld)
- mindestens 1 Nachfrager (Käufer von Waren, Dienstleistungen oder Geld)
- 1 Handelsgut

- Tausch-/Zahlungsmittel
- 1 Intermediär (Mittler) wie beispielsweise ein Kredit- oder Finanzinstitut (z. B. Bank) als Finanzintermediär, d. h. Vermittler oder Kapitalsammelstelle am Kapitalmarkt

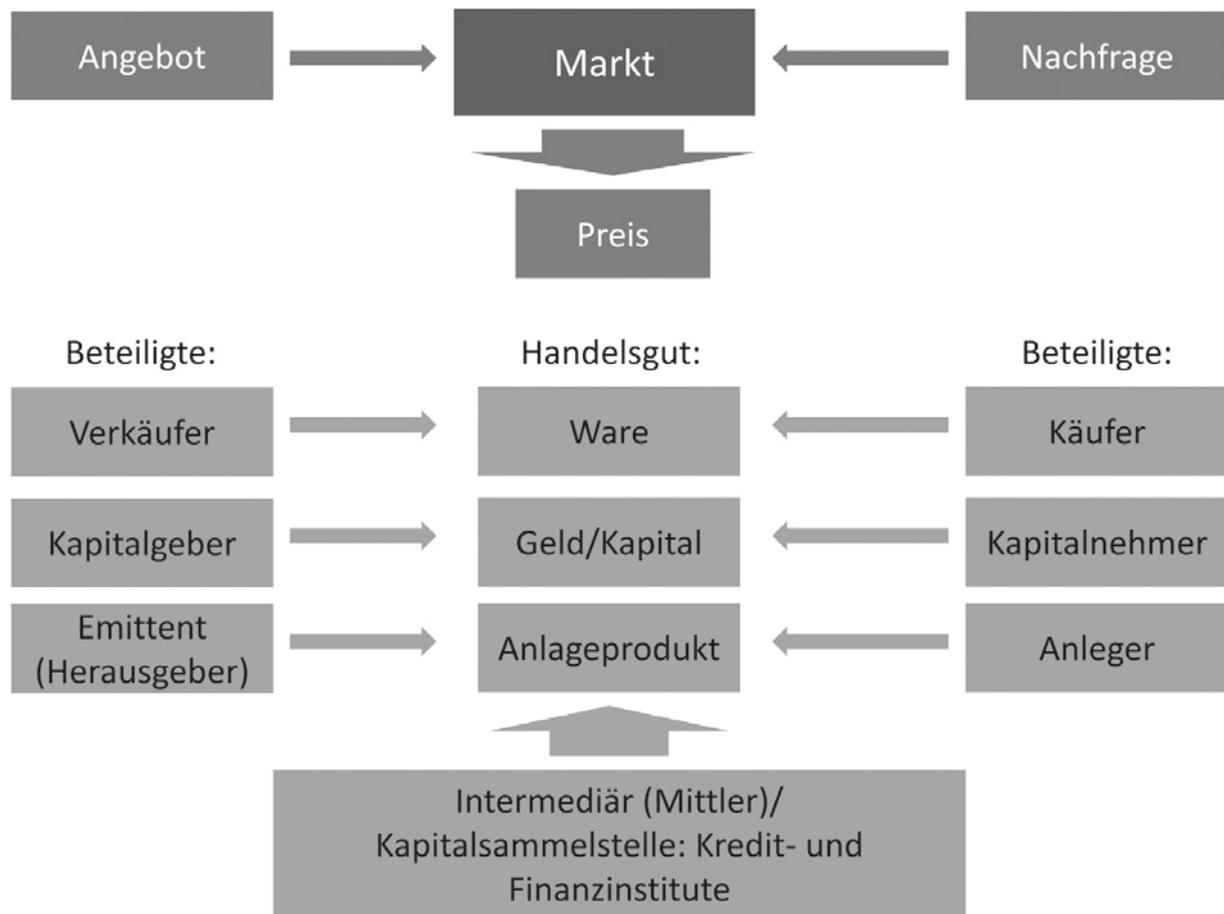


Abb. 6: Markt und Beteiligte

Auch im Zusammenhang mit Finanzanlagen spielen Angebot und Nachfrage eine Rolle. Preise sind hier Börsenkurse, Anteilspreise von offenen Investmentvermögen oder Zinssätze. Die Marktbeteiligten sind Banken, Kapitalverwaltungsgesellschaften (Anbieter von Investmentvermögen) auf der einen und auf der anderen Seite die Sparer oder Kapitalanleger. Am Kapitalmarkt werden Anleihen (verzinsliche Wertpapiere mit fester Laufzeit) und Aktien (Wertpapiere in Form von Unternehmensanteilen an Aktiengesellschaften) gegen Überlassung von Geld/Kapital gehandelt. Die Herausgeber (Emittenten) dieser Wertpapiere sind einerseits Anbieter von Wertpapieren (Anlageprodukt) und gleichzeitig Nachfrager nach Kapital/Geld. Der Anleger wiederum ist Nachfrager nach dem Wertpapier und gleichzeitig Anbieter von Geld/Kapital. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

nehmen Einfluss auf die Kurse und das Zinsniveau sowie das Verhalten oder den Kapitalbedarf der Marktteilnehmer. Dazu erfahren Sie später mehr.

Welche unterschiedlichen Arten von Märkten gibt es?

Es gibt eine ganze Reihe unterschiedlicher Märkte, die sich nach verschiedenen Bereichen voneinander abgrenzen lassen. Die folgende Grafik gibt Ihnen eine Übersicht über die unterschiedlichen Märkte und deren Unterscheidungsmerkmale.

Unterscheidung nach der Art des Handelsgutes	Unterscheidung nach nationalen bzw. internationalen Gesichtspunkten	Unterscheidung nach der Funktion des Marktes	Unterscheidung nach Organisationsformen	Unterscheidung nach Markttyp (Zugang zum Markt)
Geldmarkt: Bereitstellung von kurzfristigem Kapital	Globaler Markt: beispielsweise europaweit oder weltweit	Beschaffungsmarkt: d.h. woher kommt die Ware ? = Importmarkt	umfassend organisiert: Beispiele: Börse oder Messen	freier Markt: keine Zugangsbeschränkungen für die Marktteilnehmer. Beispiel: Freiverkehr als Marktsegment des Kapitalmarktes
Kapitalmarkt: Bereitstellung von mittel- bis langfristigem Kapital		Absatzmarkt: d.h. wo kann ich diese Ware verkaufen? = Exportmarkt	wenig oder gar nicht organisiert: Märkte an denen Angebot und Nachfrage eher zufällig zusammentreffen wie bspw. in einem Ladengeschäft oder auf einem Flohmarkt	
Immobilienmarkt: An- und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden	Binnenmarkt: innerhalb der Landesgrenzen von einzelnen Staaten, Bundesländern oder Städten			regulierter (beschränkter) Markt: Der Marktzugang ist an Voraussetzungen gebunden, wie beispielsweise ein Mindestkapital. Beispiel: Regulierter Markt (auch EU-regulierter Markt) als gesetzlich geregeltes Börsensegment des Kapitalmarktes, dessen Zulassungsvoraussetzungen (u.a. im Börsengesetz geregelt) und Folgepflichten gesetzlich festgelegt sind.
Devisenmarkt: An- und Verkauf von Währungen				
Konsumgütermarkt: Handel mit Waren für den Endverbraucher				
Investitionsgütermarkt: Handel mit Gütern, die für die Herstellung anderer Güter benötigt werden				
Arbeitsmarkt: Angebot und Nachfrage menschlicher Arbeitskraft				

Abb. 7: Arten von Märkten

Wie funktioniert die Preisbildung?

Bestimmt haben Sie schon von der Grundregel „Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis“ gehört. Stellen Sie sich dazu vereinfacht eine Waage vor: Nimmt die Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot zu, steigt der Preis. Steigt das Angebot bei rückläufiger Nachfrage, sinkt der Preis.

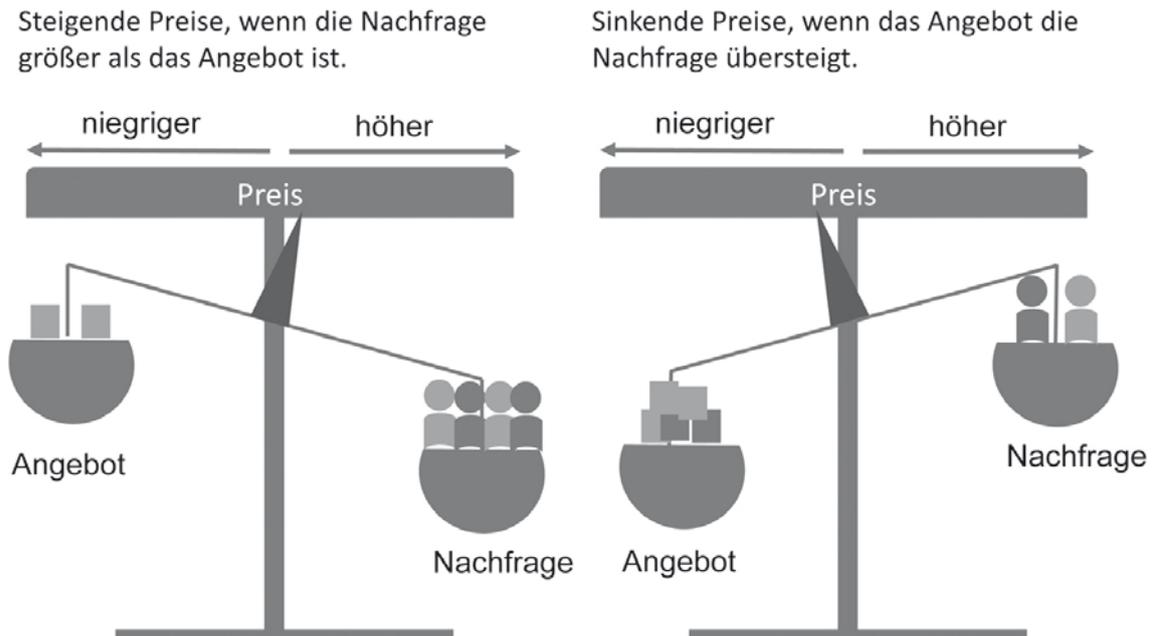


Abb. 8: Preiswaage

Käufer- und Verkäufermarkt

Bei einem Verkäufermarkt übersteigt die Nachfrage das Angebot. Das bedeutet, der Verkäufer bestimmt den Preis. Bei einem Käufermarkt verhält es sich umgekehrt: das Angebot übersteigt die Nachfrage, und der Käufer bestimmt den Preis.

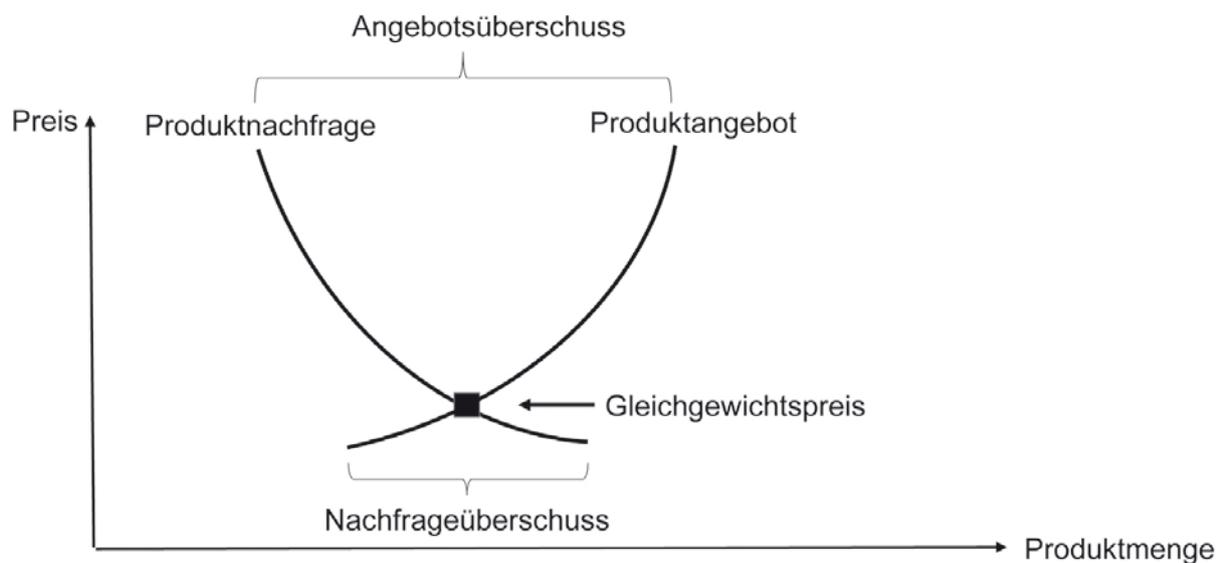


Abb. 9: Der Gleichgewichtspreis

Die Kurve der Produktnachfrage ist von rechts nach links zu lesen

und besagt, dass bei niedrigen Preisen grundsätzlich eine höhere Gütermenge nachgefragt wird und umgekehrt bei höheren Preisen die Nachfrage sinkt.

Die Kurve des Produktangebotes ist von links nach rechts zu lesen und besagt, dass es sich für den Anbieter lohnt, bei steigenden Preisen durch erhöhte Nachfrage auch die Produktionsmenge zu erhöhen. Als Gleichgewichtspreis wird der Preis bezeichnet, bei dem die angebotenen Güter genau der Menge der zu diesem Preis nachgefragten Gütern entspricht.

Doch Angebot und Nachfrage haben so ihre eigene Dynamik. Sehen Sie hier, wie sich mögliche Veränderungen auf die jeweils andere Seite auswirken können:

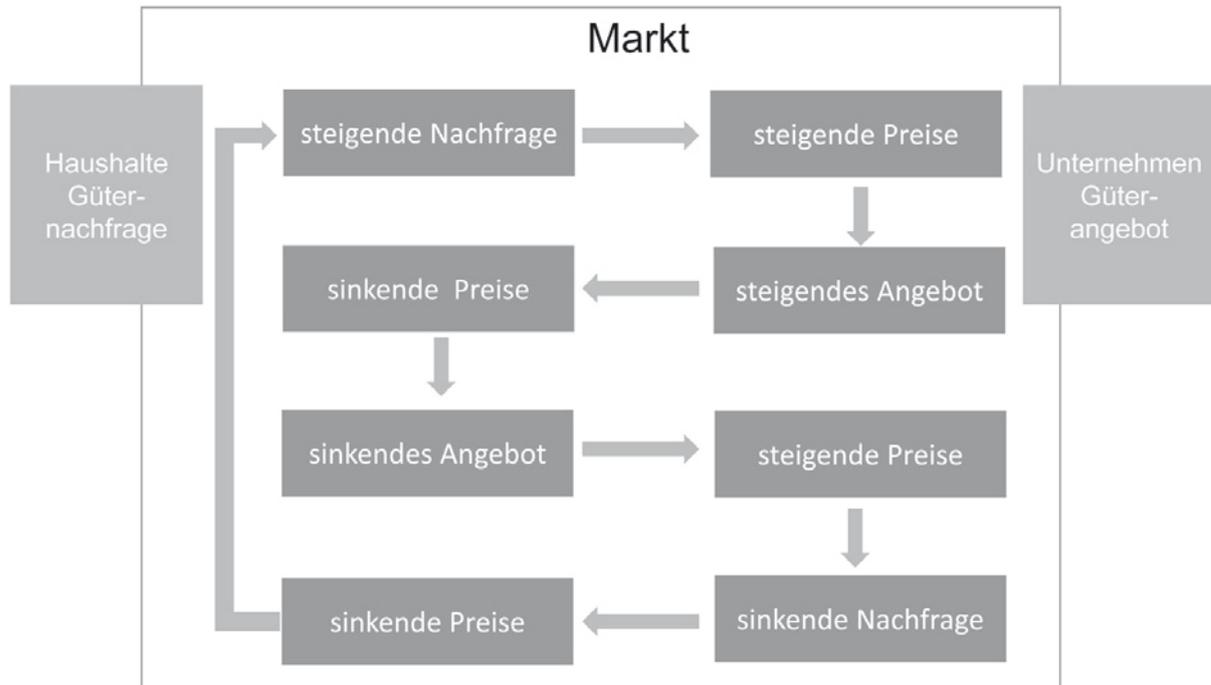


Abb. 10: Prozess der Preisbildung

Wer sind die Marktbeteiligten einer Volkswirtschaft?

Die Volkswirtschaftslehre betrachtet das gesamte wirtschaftliche Geschehen in einer Volkswirtschaft (z. B. Deutschland) und die übergeordneten Zusammenhänge. Dabei wird unterschieden zwischen der Mikroökonomie, d. h. der Betrachtung einzelner Teilnehmereinheiten, und der Makroökonomie, d. h. den Beziehungen aller Marktteilnehmer zueinander.

Als Wirtschaftskreislauf wird ein Modell bezeichnet, mit dem die wesentlichen Güter- und Geldbewegungen innerhalb einer Volkswirtschaft dargestellt werden. Die beiden Wertströme (Güter- und Geldstrom) fließen in entgegengesetzte Richtungen, da die Güter mit Geld bezahlt werden und umgekehrt Geld die Gegenleistung für die Güter ist. Die einzelnen Wirtschaftseinheiten werden als Sektoren bezeichnet. Der einfache Wirtschaftskreislauf betrachtet die Zusammenhänge zwischen den Sektoren **Unternehmen** und **Privathaushalten**. Im erweiterten Wirtschaftskreislauf kommen die Sektoren **Banken**, **Staat** und das **Ausland** dazu. Der erweiterte Wirtschaftskreislauf ist wichtig für das Verständnis der volkswirtschaftlichen Grundlagen und Abläufe und stellt darüber hinaus den Ursprung der Geldpolitik dar. Als Geldpolitik wird allgemein die Steuerung der Versorgung der Volkswirtschaft mit dem Zahlungsmittel Geld verstanden. Unsere heutige globale

Wirtschaftswelt bedarf der entsprechenden Versorgung mit Geld (Geldmenge, d.h. Geld in den Händen von Nichtbanken), einer stabilen Landeswährung und eines angemessenen Preisniveaus im jeweiligen Währungsgebiet. Die Politik sorgt für die entsprechenden Regeln und Erleichterungen in der Handelsabwicklung. Die Notenbanken wie die Europäische Zentralbank sorgen für die ausreichende Geldversorgung und Währungsstabilität in ihrem jeweiligen Wirtschafts- bzw. Währungsgebiet.

Wie funktioniert der einfache Wirtschaftskreislauf?

Nachfolgend zunächst die Darstellung zum einfachen Wirtschaftskreislauf.

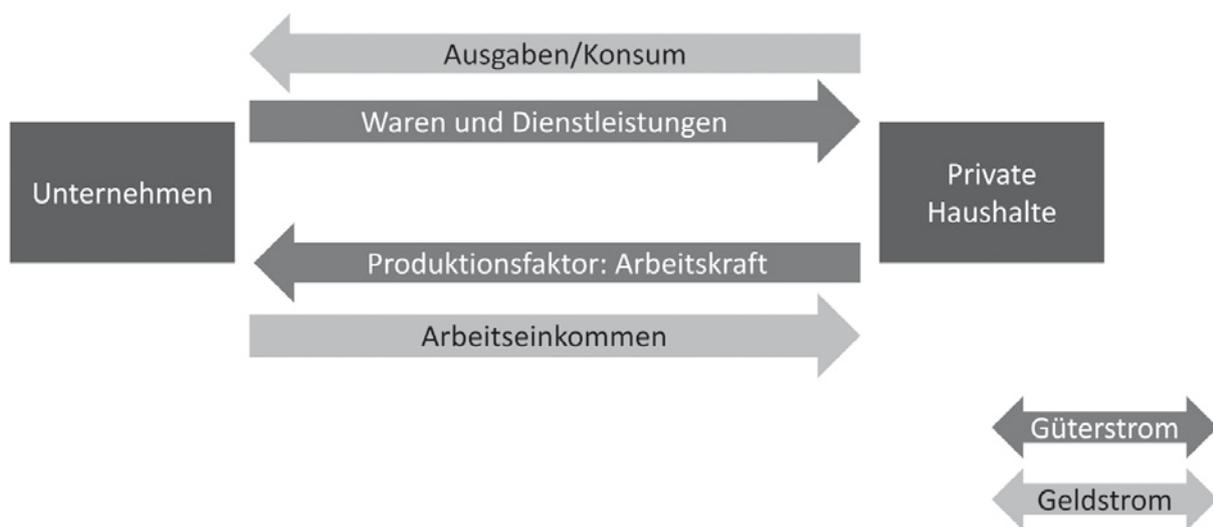


Abb. 11: Einfacher Wirtschaftskreislauf

Der einfache Wirtschaftskreislauf betrachtet alleine den Güterstrom von Waren und Dienstleistungen bzw. den Produktionsfaktor Arbeitskraft gegen die Geldströme Ausgaben und Konsum bzw. Arbeitseinkommen zwischen Unternehmen und privaten Haushalten.

Wie funktioniert die volkswirtschaftliche Kapitalbildung durch Sparen?

Apropos Konsum. Was passiert eigentlich mit dem Geld das nicht für den Konsum verwendet wird, sondern von den Haushalten – beispielsweise in Form von Einlagen bei Banken – gespart wird?

Dieser Konsumverzicht spielt tatsächlich eine zentrale und wichtige Rolle bei der Kapitalbildung im volkswirtschaftlichen Sinn. Um wachsen zu können, benötigt eine Volkswirtschaft Kapital für immer wieder neue Investitionen, wie beispielsweise in Produktionsanlagen oder Fabrikhallen.

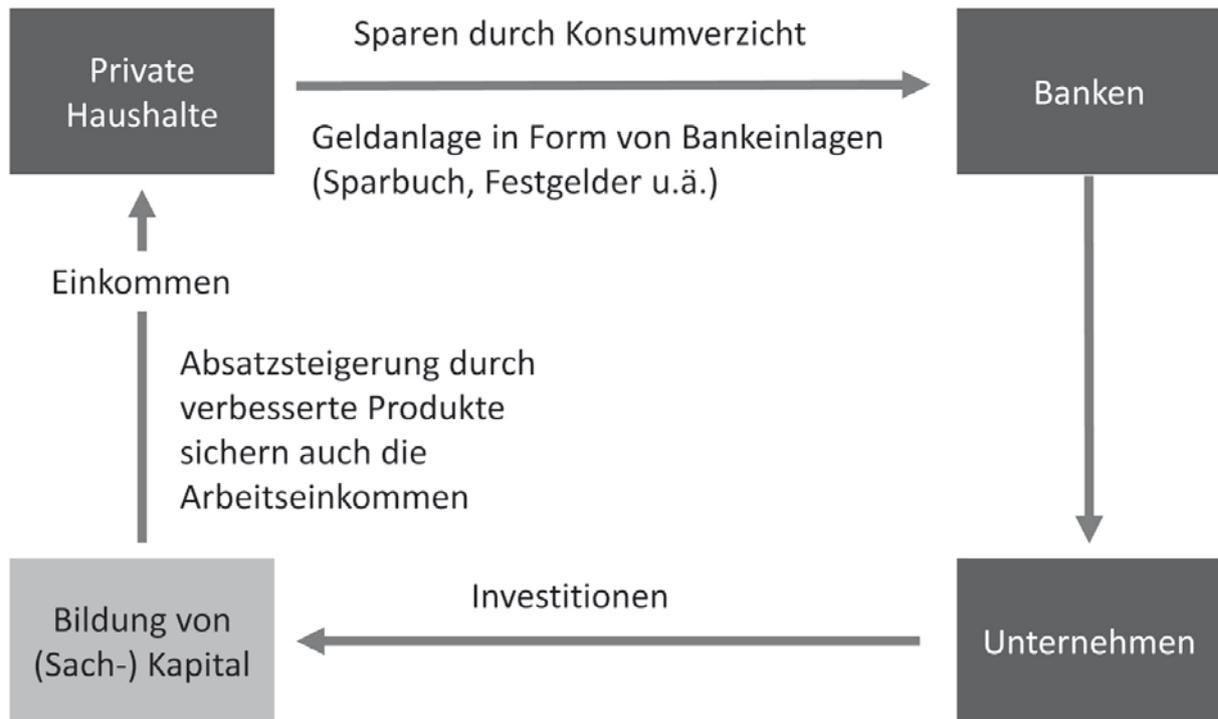


Abb. 12: Kapitalbildung durch Sparen

Am Anfang der Kapitalbildung steht der Konsumverzicht der privaten Haushalte aus erzieltm Einkommen in Form von Sparen. Wird ein Teil des gesparten Geldes auf Bankkonten angelegt, wie beispielsweise Sparbücher oder Festgeldkonten, dann können die Banken wiederum einen Teil hiervon für neue Kreditvergaben nutzen. Erfolgt die Kreditvergabe an Unternehmen, die dieses Geld für Neuinvestitionen in ihre Produkte und Produktionsanlagen nutzen, dann hat sich neues volkswirtschaftliches (Sach-)Kapital gebildet. Dieses ermöglicht Absatzsicherung und Absatzsteigerung durch verbesserte und marktfähigere Produkte. Es werden Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen und somit Arbeitseinkommen gesichert.

Später gehe ich noch detaillierter auf die Rolle der Europäischen Zentralbank ein, die als „Bank der Banken“ fungiert, wenn die Banken beispielsweise eine weitere „Geldquelle“ für die Kreditvergabe benötigen. Übrigens haben auch die Unternehmen durchaus Alternativen zur Kreditaufnahme bei ihrer Bank. Und damit sind wir mittendrin in der Funktionsweise der Kapitalmärkte, an denen sich Unternehmen ebenfalls mit Geld für ihre Investitionen durch die Ausgabe von Aktien oder Anleihen versorgen können. Hierzu mehr im Kapitel 3.1 Märkte für Finanzanlagen.

Die Banken haben neben der Kreditvergabe noch weitere Aufgaben im Finanzsystem.

Welche Aufgaben und Funktionen haben Kredit- und Finanzinstitute?



Abb. 13: Aufgaben und Funktionen der Kredit- und Finanzinstitute

Neben der Abwicklung des baren und unbaren **Zahlungsverkehrs** gehören zu den Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) insbesondere die Annahme fremder Gelder als Einlage mit und ohne Zinsvergütung (**Einlagengeschäft**), die Gewährung von Gelddarlehen (**Kreditgeschäft**) und die Verwahrung und die Verwaltung von Wertpapieren für andere (**Depotgeschäft**).

Der Bankkunde legt sein Geld bei einer Bank im Vertrauen darauf an, dass diese sein Geld sorgfältig verwaltet. Im Rahmen dieser **Vertrauensfunktion** bilden die Banken Rücklagen und lassen Sorgfalt auch bei der Kreditvergabe walten, beispielsweise in Form von umfassenden Bonitäts- und Kreditwürdigkeitsprüfungen (Kann der Darlehensnehmer die vereinbarten Zins- und Darlehenstilgungsleistungen über die Gesamtlaufzeit erbringen?).

Banken übernehmen an vielen Stellen die Informationsbeschaffung für ihre Kunden (**Informationsfunktion**), z. B. in der Anlageberatung oder im Investmentbanking (Unternehmensverkäufe u. ä.).

Wenn aus einer Summe von vielen kleinen Anlagebeträgen große Kreditbeträge vergeben werden oder umgekehrt aus wenigen großen Anlagebeträgen viele kleine Kreditbeträge vergeben werden, dann handelt es sich um die **Betrags- und Losgrößentransformation**.

Da Anleger und Kreditnehmer unterschiedliche Laufzeitwünsche haben, übernehmen Banken im Rahmen der **Fristen- und Zeittransformation** den Ausgleich der

unterschiedlichen Vorstellungen. Aufgrund der großen Anzahl von Kunden ist dies möglich.

Anleger haben eine unterschiedliche Risikobereitschaft und Kreditnehmer weisen unterschiedliche Bonitäten auf. Durch die Kreditvergabe an eine Vielzahl von Kreditnehmern und die Hereinnahme von Kreditsicherheiten erreicht die Bank im Rahmen der **Risikotransformation** eine breite Risikostreuung.

Auch die regional unterschiedliche Kreditnachfrage auf der einen und die Geldanlage auf der anderen Seite können Banken im Rahmen der **Markttransformation** bundesweit umleiten.

Doch nun zurück zum Wirtschaftskreislauf. Da wir nun bereits die Banken ins Spiel gebracht haben, schauen wir uns als Nächstes den erweiterten Wirtschaftskreislauf an.

Wie funktioniert der erweiterte Wirtschaftskreislauf?

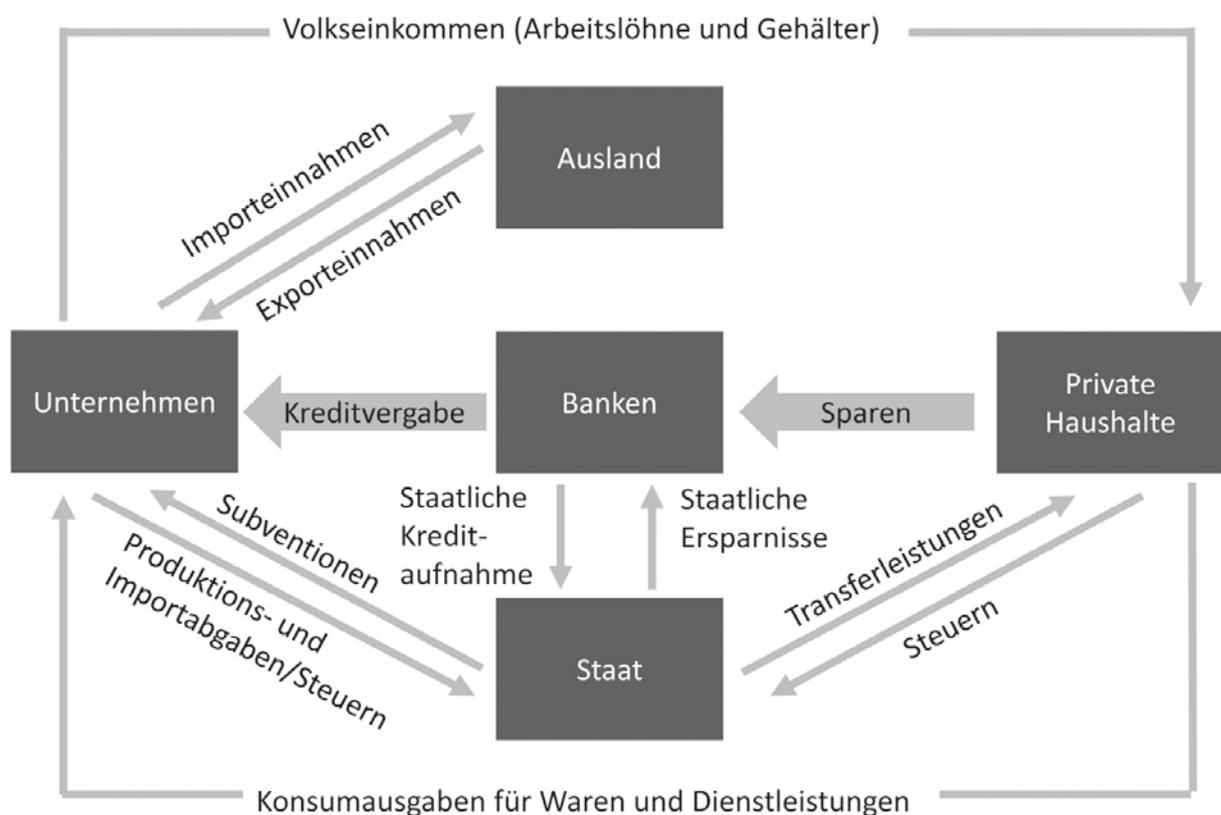


Abb. 14: Erweiterter Wirtschaftskreislauf (Geldströme)

Der erweiterte Wirtschaftskreislauf stellt weitere Geldströme dar:

- Werden Waren ins Ausland exportiert, so entstehen Exporteinnahmen (Geldforderung gegenüber dem Ausland). Umgekehrt entstehen durch die Einfuhr von Waren aus dem Ausland ins Inland Importausgaben (Geldverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland).
- Der Staat kann die Wirtschaft mit **Subventionen** (für Unternehmen) oder **Transferleistungen** (für private Haushalte) ankurbeln. Für diese Leistungen sind keine Gegenleistungen erforderlich. Auf der anderen Seite erhebt der Staat **Steuern** oder verlangt Abgaben, beispielsweise auf Importe. Der Staat ist selbst auch Anleger, Arbeitgeber, Auftraggeber und kann sich durch Kreditaufnahme verschulden.

Welche Faktoren beeinflussen die Aktivitäten der Marktteilnehmer und damit die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft?

Dazu gehören:

- politische Einflussfaktoren:
 - allgemeine politische Stabilität eines Landes oder einer Region
 - Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik und die Wirtschaftspolitik der verantwortlichen Landesregierung
- konjunkturelle Einflussfaktoren:
 - unternehmerisches Handeln der Unternehmen, d. h. beispielsweise die Bereitschaft zu Neuinvestitionen
 - Konjunkturphasen

Weitere Einflussfaktoren können sein:

- Demographischer Wandel (Demografie): die Altersstrukturveränderung der Bevölkerung und ein damit verbundenes verändertes Konsumverhalten
- technischer Fortschritt, der im Zusammenhang mit der Bildungspolitik stehen kann
- Umweltbedingungen oder vorhandene bzw. nicht vorhandene natürliche Ressourcen haben einen Einfluss auf die Wirtschaft.
- Die psychologische Stimmungslage ergibt sich in der Regel aus einem Zusammenspiel der hier aufgelisteten Einflussfaktoren.

2.1.2 Wirtschaftspolitik

Das magische Viereck der Wirtschaftspolitik

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (Stabilitätsgesetz) aus dem Jahre 1967 hat vier wirtschaftspolitische Ziele definiert. Die Idee ist ein antizyklisches Handeln in den unterschiedlichen Wirtschaftssituationen. Die Herausforderung dabei ist es, beispielsweise Staatsausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft rechtzeitig wieder zu reduzieren.

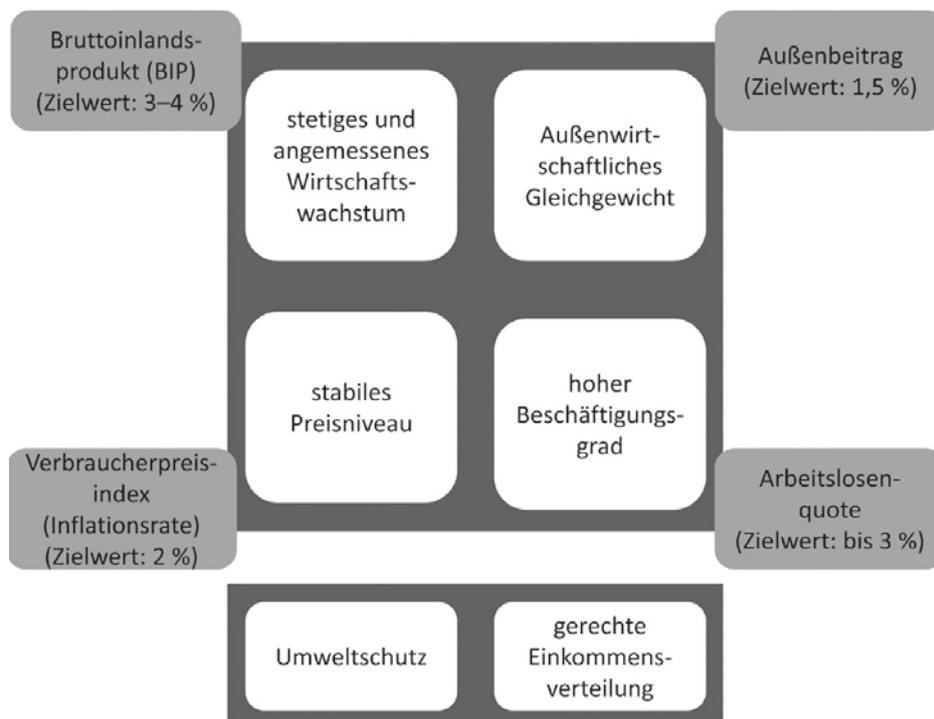


Abb. 15: Magisches Viereck der Wirtschaftspolitik

- Das magische Viereck der Wirtschaftspolitik stellt ein Idealbild dar, denn alle wirtschaftspolitischen Ziele sind kaum gleichzeitig zu erreichen und stehen teilweise in einem Zielkonflikt zueinander.
- So bedeutet ein Wirtschaftswachstum gleichzeitig ein steigendes Preisniveau, da sich von den Produktgebern aufgrund der zunehmenden Nachfrage auch steigende Preise durchsetzen lassen.
- Jedem wirtschaftspolitischen Ziel kann ein Indikator zugeordnet werden, der die jeweilige Zielerreichung messbar macht.
- In der modernen Volkswirtschaftslehre sind zwei weitere Aspekte für die Wirtschaftspolitik von Bedeutung. Diese machen aus dem Viereck ein Sechseck. Gemeint sind der Umweltschutz und eine gerechte Einkommensverteilung.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

- Das **Bruttoinlandsprodukt** misst die Summe aller Güter und Dienstleistungen abzüglich eventueller Vorleistungen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums (i. d. R. 1 Jahr) in den Grenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden. Dies wird auch als **Inlandsprinzip** bezeichnet, da die Frage „Wo werden die Leistungen erbracht?“ unabhängig davon, wer die Leistungen erbracht hat, im Mittelpunkt steht.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist die Summe aller Güter und Dienstleistungen von In- und Ausländern, abzüglich der Vorleistungen (d. h. Waren, die für den Endverbrauch und nicht als Vorleistung für die Produktion anderer Waren gedacht sind) in einem bestimmten Zeitraum – in der Regel 1 Jahr –, die innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden (Inlandsprinzip).

Beim Bruttonationalprodukt werden dagegen nur die Leistungen von Inländern, egal wo diese ihre wirtschaftliche Leistung erbracht haben, betrachtet.

Bruttonationalprodukt (früher: Bruttosozialprodukt)

Das Bruttonationalprodukt misst den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums von Inländern im In- oder Ausland hergestellt werden. Es entspricht dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden u. a.), das Inländern zugeflossen ist. Es gilt als Einkommensindikator einer Volkswirtschaft.

Dies wird auch als Inländerprinzip bezeichnet, da die Frage „Wer hat die Leistung erbracht?“ im Mittelpunkt steht.

Inländer

Inländer sind Menschen und Unternehmen, die ihren Wohnort oder Unternehmenssitz im Inland haben, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Verbraucherpreisindex (VPI)/Inflationsrate

- Der Verbraucherpreisindex ergibt sich aus dem Wert einer repräsentativen Auswahl von Waren und Dienstleistungen. Dieser so genannte **Warenkorb** setzt sich aus rund 600 unterschiedlich gewichteten Waren und Dienstleistungen und ca. 300.000 Einzelpreisen zusammen. Die Berechnung erfolgt in regelmäßigen Zeitabständen. Die Veränderung gegenüber dem vorherigen Zeitraum ergibt den **Verbraucherpreisindex** bzw. die **Inflationsrate** in Prozent.

Verbraucherpreisindex/Inflationsrate

Als Verbraucherpreisindex (umgangssprachlich Inflationsrate) wird eine anhaltende Steigerung des allgemeinen Verbraucherpreisniveaus bezeichnet. Der Anstieg einzelner Preise ist noch keine Inflation. Die Auswirkung einer Inflation ist ein Kaufkraftverlust bzw. eine Geldentwertung.

- Anhaltend steigende Preise werden als Inflation bezeichnet und sinkende Preise als **Deflation**.

Vorteil für:

- Kreditnehmer
- Anleger in Sach- und Substanzwerte wie Aktien, Immobilien oder Rohstoffe (z.B. Gold)

Nachteil für:

- Sparer und Anleger von gering verzinsten geldwerten Anlageformen (Sparbuch, Festgeld, Anleihen)
- Bezieher fester Einkommen

Abb. 16: Inflation

- Von Nachteil ist die Inflation für Sparer und Inhaber geldwerter Anlageformen (Sparbuch, Festgelder, verzinsliche Wertpapiere (Anleihen)). Steigt die Inflationsrate noch dazu über das aktuelle Zinsniveau, dann bedeutet dies einen zusätzlichen Wertverlust.
- Umgekehrt wirkt sich eine Inflation für Kreditnehmer positiv aus. Denn auch ihr Kredit wird „weniger wert“. Davon profitieren nicht nur private Haushalte oder Unternehmen, sondern auch hoch verschuldete Staaten mit einer hohen Inflationsrate.
- Anlagealternativen sind Sachwerte wie beispielsweise Aktien, Aktienfonds, direkte Immobilienanlagen, offene oder geschlossene Immobilien-Sondervermögen oder Rohstoffe. Allerdings sind bei diesen Anlagen ggf. höhere Risiken als bei den oben genannten geldwerten Anlageformen zu beachten und in die Anlageentscheidung mit einzubeziehen.

Deflation

Die Preise sinken über einen längeren Zeitraum während des Konjunkturabschwungs oder der Depression durch Marktsättigung und sinkende Nachfrage aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage. Die negativen Auswirkungen sinkender Preise sind u. a. sinkende Unternehmensgewinne und in Folge Gefährdung und Abbau von Arbeitsplätzen und somit rückläufiger Konsum auf der Seite der Privathaushalte.

Außenbeitrag

- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bezeichnet das Gleichgewicht zwischen Export (Warenausfuhr ins Ausland und Geldforderungen gegenüber dem Ausland) und Import (Wareneinfuhr aus dem Ausland und Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland).
- Außenbeitrag = Export abzgl. Import
- Ein positiver Außenbeitrag bedeutet einen Exportüberschuss. Da die Nachfrage aus dem Ausland ein Antriebsmotor für das Wirtschaftswachstum darstellt, ist der Zielwert ein leicht positiver Außenbeitrag.

Außenbeitragsquote

Die Außenbeitragsquote setzt den Außenbeitrag ins Verhältnis zum Wirtschaftswachstum und berechnet sich nach der Formel:

$$\frac{\text{Außenbeitrag}}{\text{nominales BIP}} = X \cdot 100$$

In der modernen Volkswirtschaftslehre ist zwischenzeitlich aus dem Viereck ein Vieleck geworden und beispielsweise um die Ziele Umweltschutz und gerechte Einkommensverteilung erweitert worden. Allerdings fehlen hier aussagekräftige Indikatoren.

Arbeitslosigkeit

Um die Arbeitslosenquote beurteilen und daraus Entscheidungen für Gegenmaßnahmen ableiten zu können, ist ein Blick hinter die Kulissen erforderlich. Es gibt verschiedene Arten von Arbeitslosigkeit, und kurzfristig ist Arbeitslosigkeit sogar unvermeidlich.

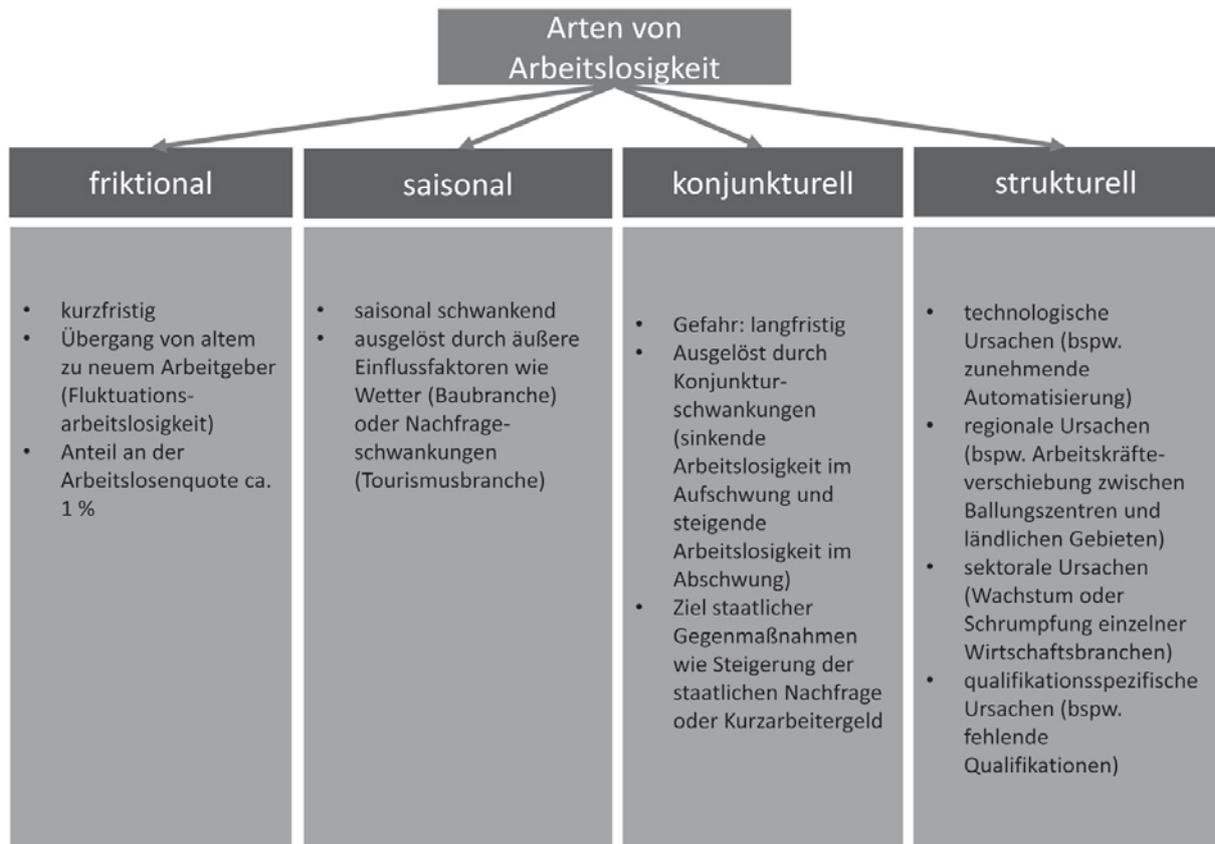


Abb. 17: Arbeitslosigkeit:

2.1.3 Konjunktur

Die wirtschaftliche Entwicklung in Konjunkturphasen.

Die Konjunktur weist Schwankungen auf und verläuft in 4 Konjunkturphasen.

Konjunktur

Als Konjunktur werden die in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen auftretenden Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivitäten (Güterproduktion, Beschäftigung, Preise u. a.) einer Volkswirtschaft bezeichnet.

Gemessen wird der Konjunkturverlauf anhand des Bruttoinlandsproduktes.

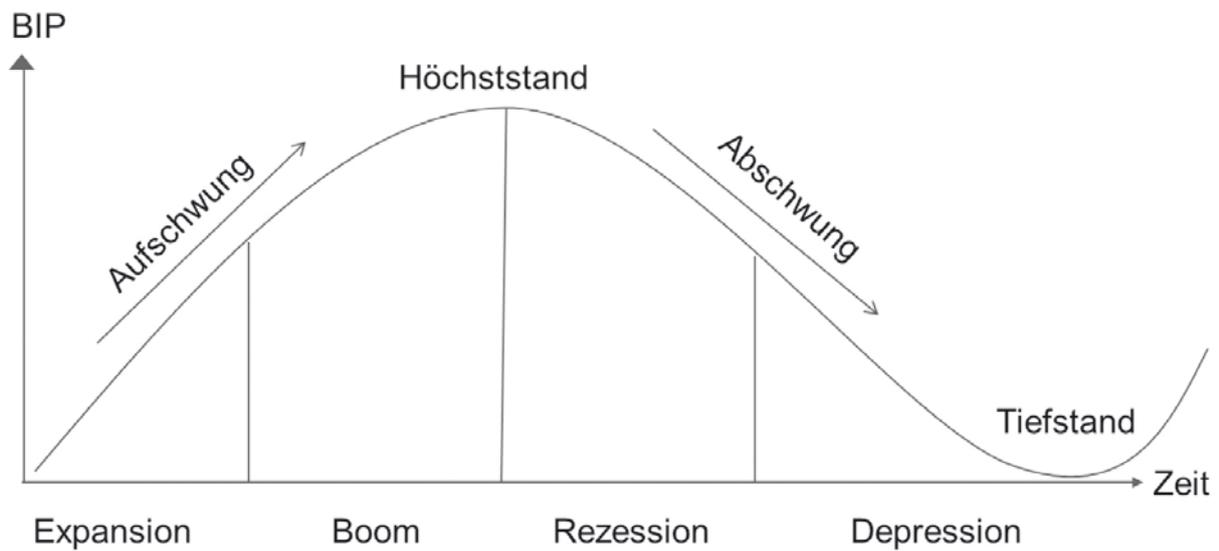


Abb. 18: Konjunkturphasen

Wie wirken sich die Konjunkturphasen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aus?

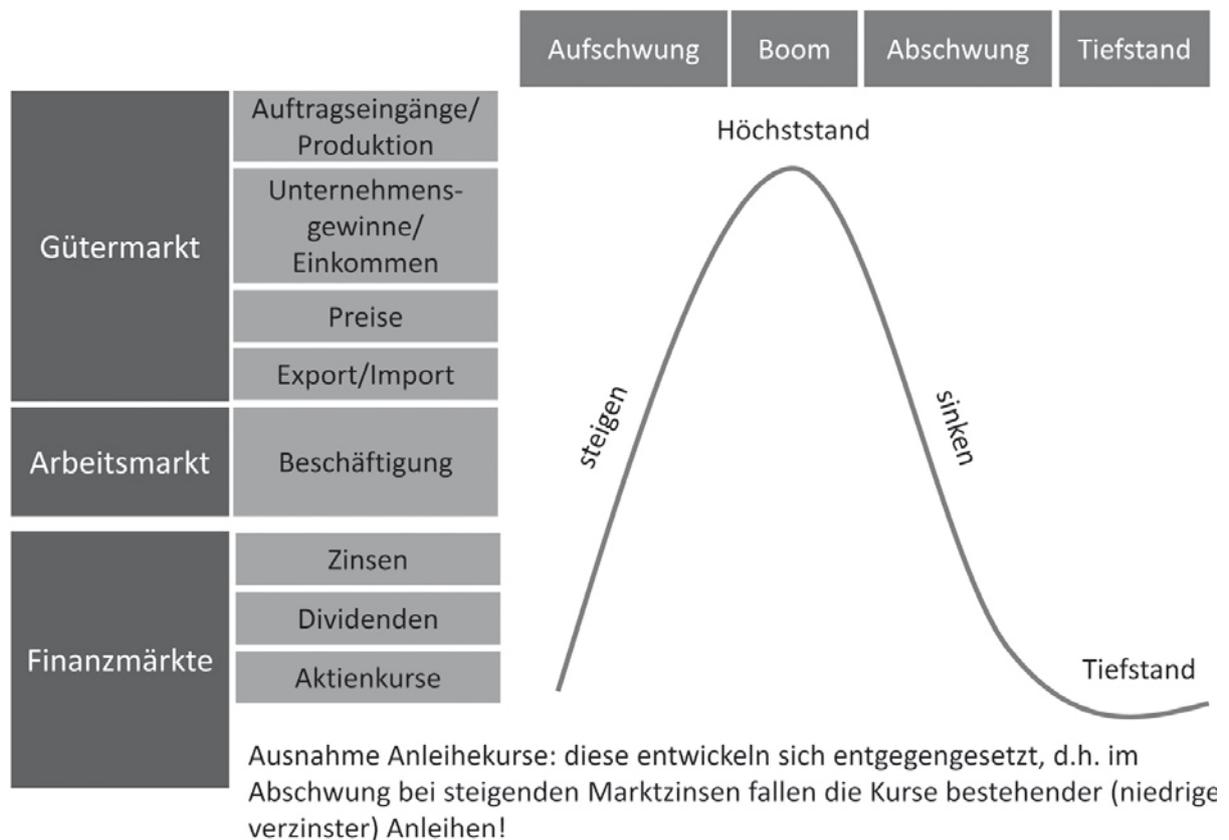


Abb. 19: Konjunkturauswirkungen

Grundsätzlich gilt, dass der Verlauf der wirtschaftlichen Aktivitäten dem Verlauf der Konjunkturphase entspricht, d. h. beispielsweise, dass im Konjunkturaufschwung die Produktion, die Unternehmensgewinne und die Einkommen steigen, während sie im Konjunkturabschwung sinken.

Eine Ausnahme stellen die Anleihekurse dar (Details siehe Kapitel 2.2.3 börsennotierte Finanzanlagen). Diese verlaufen quasi antizyklisch.

Was sind die Auswirkungen der Aufschwungphase?

- Der Aufschwung, d. h. eine wirtschaftliche Erholung, folgt auf eine Depressionsphase.
- Die Auftragseingänge steigen.
- Die Produktion wird gesteigert verbunden mit steigenden Umsatzzahlen.
- Neue Arbeitsplätze werden geschaffen: die Beschäftigungszahlen steigen (dies entspricht sinkenden Arbeitslosenzahlen).
- Steigende private und staatliche Nachfrage führen zu steigenden Preisen, die wiederum zu steigenden Unternehmensgewinnen, Neuinvestitionen, Einkommenssteigerungen und erhöhten Dividendenzahlungen führen.
- Die steigende Kreditnachfrage (Konsum und Investitionen) führt zu steigenden Zinsen.
- Die positiven Unternehmensaussichten lassen Aktienkurse steigen.
- Die Anleihekurse fallen dagegen durch die sinkende Nachfrage nach bestehenden Anleihen mit einer unter dem Marktzinsniveau liegenden Verzinsung.

Was sind die Auswirkungen des Booms?

- Zunächst eine weitere wirtschaftliche Expansion.
- Wirtschaftswachstum ebenso wie Preise (Inflation), Beschäftigungszahlen u. a. auf Höchststand.
- Zunehmende Marktsättigung spürbar und erster Rückgang der Nachfrage.

Was sind die Auswirkungen der Abschwungphase?

- Die Konsumenten können sich zunehmend die hohen Preise nicht mehr leisten.
- Mit der sinkenden Nachfrage gehen auch die Umsätze der Unternehmen zurück.
- Die Gewinne, Einkommen, Produktionszahlen, Beschäftigung und die Preise sinken.
- Insolvenzen und Unternehmenskonkurse nehmen zu.

- An den Finanzmärkten sinken die Zinsen und die Aktienkurse, wogegen die Anleihekurse steigen (Zinsniveau bestehender Anleihen über Marktniveau).
- Aus Angst vor Arbeitsplatzverlust und weiterem Nachfragerückgang geht die Nachfrage zurück. Das ist auch begründet im Abwarten auf noch weiter sinkende Preise.

Was sind die Auswirkungen des Tiefstands?

- Der wirtschaftliche Abschwung verstärkt sich weiter und erreicht seinen Tiefstand. Die wirtschaftlichen Aktivitäten kommen nahezu zum Stillstand.
- Es besteht hohe Deflationsgefahr.
- Die Zinsen werden weiter gesenkt, um Neuinvestitionen für die Wirtschaft bezahlbar zu machen und zu fördern.

Lassen sich wirtschaftliche Entwicklungen vorhersagen?

Eine „Glaskugel der Wahrsager“ gibt es nicht, allerdings geben Konjunkturindikatoren messbare Hinweise auf die Konjunkturphasen.

- **Frühindikatoren** zeigen mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf die zukünftig zu erwartende konjunkturelle Entwicklung auf.
- **Präsenzindikatoren** sind die Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Zustandes der wirtschaftlichen Aktivitäten.
- **Spätindikatoren** zeigen mit einem gewissen zeitlichen Nachlauf die konjunkturelle Entwicklung.



Abb. 20: Konjunkturindikatoren

Welche Einflussmaßnahmen hat der Staat auf die konjunkturelle Entwicklung?

Der Staat kann im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Konjunktur zu beleben oder eine Überhitzung zu vermeiden.

Nachfolgend sehen Sie die staatlichen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung:

- **Infrastrukturmaßnahmen:** Erhöhung der Staatsausgaben beispielsweise durch Investitionen in den Straßenbau
- **Subventionen** (staatliche Finanzhilfen an Unternehmen ohne direkte Gegenleistungen): beispielsweise Förderprogramme für Unternehmensgründungen oder Förderung bestimmter Branchen (Solarförderung u. a.)
- **Transferleistungen** (staatliche Finanzhilfen an Privathaushalte ohne direkte Gegenleistungen) wie beispielsweise erweiterte Sozialleistungen (Kindergeld, Hartz IV u. a.)

- **Steuersenkungen:** beispielsweise zeitlich begrenzte Steuersenkungen oder erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten

Wie funktioniert der Export als Konjunkturmotor?

In den letzten Jahren belegte Deutschland immer wieder die oberen Plätze der erfolgreichsten Export-Nationen und erzielte neben China auch immer wieder den Titel des Exportweltmeisters. Darin zeigt sich die Bedeutung des Exports für die deutsche Wirtschaft. Ebenso wird der Export immer wieder als der Motor für die positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland genannt. Das unterscheidet uns von den meisten anderen EU-Staaten, worauf ich im Kapitel 2.1.4 Die Europäische Zentralbank (EZB) noch einmal näher eingehen werde.

So kann der Export zum Konjunkturmotor einer Volkswirtschaft werden:

- Wenn im Verlauf eines Konjunkturaufschwungs zunächst die Inlandsnachfrage steigt, steigen die Preise im Inland. Kommt das Angebot der Nachfrage nicht mehr nach, können die fehlenden Waren oder Dienstleistungen aus dem Ausland eingeführt werden. Zunächst steigen also die Importzahlen.
- Handelt es sich um einen internationalen Konjunkturaufschwung, und befinden sich die ausländischen Volkswirtschaften in einer ähnlichen Situation, dann steigt auch die Nachfrage aus dem Ausland nach unseren inländischen Waren und Dienstleistungen.
- Dies stabilisiert die Nachfragesituation und das wirtschaftliche Wachstum.

Welchen Einfluss hat der Wert des Euro auf den Export bzw. den Import?

Dieser Zusammenhang lässt sich sehr gut mit Hilfe des Ölpreises darstellen, denn dieser wird international einheitlich in US-Dollar notiert.

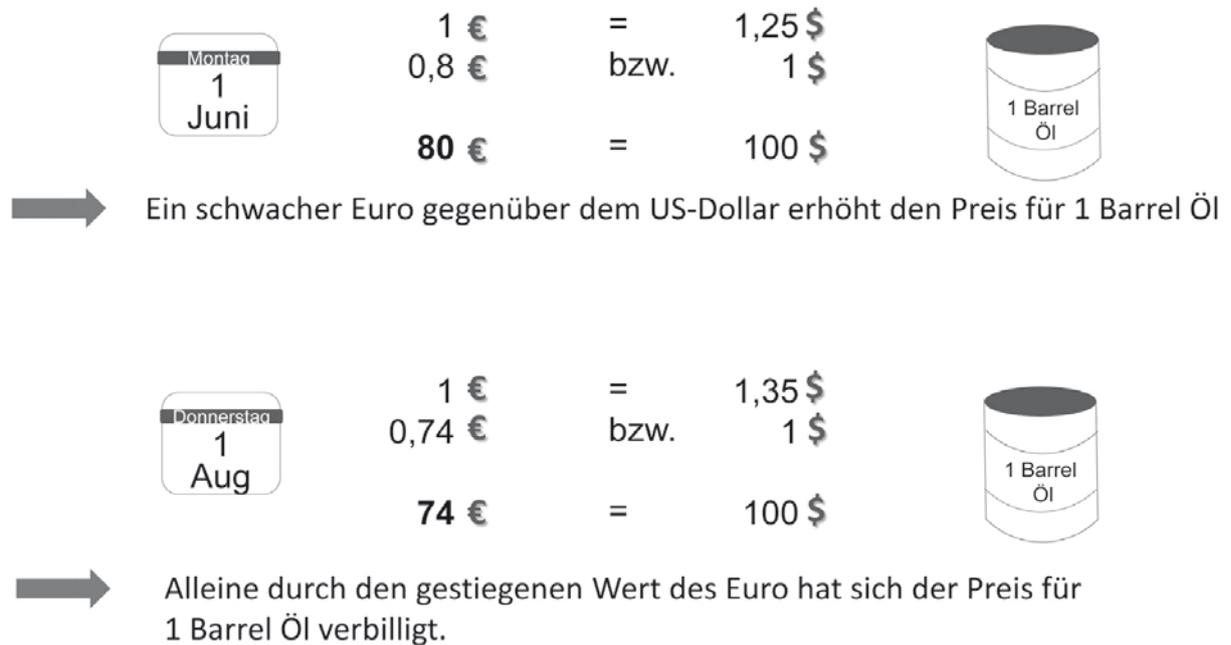


Abb. 21: Auswirkung Wechselkurs auf Preisniveau

Der Wert einer Währung entwickelt sich ebenfalls durch Angebot und Nachfrage. Wird die Nachfrage, beispielsweise durch Währungsinterventionen der Nationalbanken (in Europa: EZB, in den USA: FED), gesteigert, spricht man von einer Aufwertung. Devisengeschäfte zählen deshalb auch zu den geldpolitischen Steuerungsinstrumenten von Zentralbanken.

Ab- und Aufwertung

Als Aufwertung wird die Wertsteigerung einer Währung (bspw. Euro) gegenüber einer anderen Währung (bspw. US-Dollar) bezeichnet. Umgekehrt verhält es sich mit der Abwertung, d. h. dem Wertverlust einer Währung gegenüber einer anderen Währung.

Ein starker Euro gegenüber dem Dollar verbilligt die Einfuhrkosten für Öl und hat somit positive Auswirkungen auf das inländische Preisniveau.

Eine gegenüber anderen Volkswirtschaften starke Währung hat umgekehrt den Nachteil, dass sich die Waren für ausländische Käufer verteuern. Handelt es sich hier um wichtige ausländische Handelspartner, hat dies entsprechende negative Auswirkungen auf die Exportzahlen.

2.1.4 Die Europäische Zentralbank (EZB)

Wer und was ist die EZB?

Die Europäische Zentralbank ist die Zentralbank des Euroraums, d. h. der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die den Euro als Landeswährung eingeführt haben. Sie besitzt eine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie ist politisch unabhängig und somit an keine Weisungen der europäischen Regierungen gebunden.

Sie teilt sich ihre Aufgaben mit den ebenfalls unabhängigen nationalen Zentralbanken (in Deutschland: Deutsche Bundesbank).

Zentralbank

Eine Zentralbank ist eine öffentliche Institution, die für die Währung eines Landes oder mehrerer Länder zuständig ist. Sie ist verantwortlich für die Geldversorgung und betreibt Geldpolitik durch Festlegung der Zinssätze für die Anlage oder das Ausleihen von Zentralbankgeld. Sie ist keine Geschäftsbank, bei der Privatkunden Konten eröffnen können. Sie ist vielmehr die Bank der Geschäftsbanken. Die Zentralbank ist Teil der Bankenaufsicht.

Das oberste Beschlussorgan der EZB ist der EZB-Rat. Er setzt sich aus den 6 Mitgliedern des Direktoriums und der Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, zusammen.

Eurosystem

Die EZB und die nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, bilden zusammen das so genannte Eurosystem. Daneben existiert das so genannte Europäische System der Zentralbanken, das auch die nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten umfasst, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Der EZB-Rat legt die Geldpolitik (z. B. Festlegung der Leitzinsen) für den Euroraum fest. Er tagt in der Regel 2 x im Monat am Hauptsitz der EZB in Frankfurt am Main. Bei diesen Tagungen werden die wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen im Euroraum bewertet. Alle 6 Wochen werden die geldpolitischen Beschlüsse gefasst und im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht.

Auch die Ausgabe von Euro-Banknoten und die Genehmigung der Anzahl der Euro-Münzen, die von den einzelnen Eurostaaten ausgegeben werden, müssen von der EZB genehmigt werden. Die EZB darf keine Kredite oder Vergünstigungen an die Regierungen der Euro-Staaten gewähren.

Wie finanziert sich die EZB?

Das Kapital der EZB stammt von den nationalen Zentralbanken aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Die Bevölkerungszahl und das Bruttoinlandsprodukt bestimmen, wie viel Kapital die einzelnen Notenbanken der EZB zur Verfü-

gung stellen müssen. Alle 5 Jahre und immer, wenn ein neues Land der EU beitrifft, erfolgt eine Anpassung der Kapitalanteile.

Welche Ziele und Aufgaben verfolgt die EZB?

Die obersten Ziele (gemäß Artikel 127 Abs. 1 des AEU-Vertrages) sind:

- die Gewährleistung der **Preisstabilität im Euroraum** (stabile Inflationsrate nahe 2 %) und
- die Erhaltung der **Kaufkraft (Wert) des Euro**.

Die grundlegenden Hauptaufgaben (gemäß Artikel 127 Abs. 2 des AEU-Vertrages) sind:

- Festlegung und Ausführung der **Geldpolitik** innerhalb des Euro-Währungsgebietes
- Durchführung von **Devisengeschäften**
- Verwaltung der **Währungsreserven** der Mitgliedstaaten des Eurogebietes
- Förderung und Sicherstellung des reibungslosen **Funktionierens der Zahlungssysteme**
- Mitwirkung bei der Aufsicht über Kreditinstitute des Euro-Währungsgebietes (Artikel 127 Abs. 6 des AEU-Vertrages und Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates)

Die weiteren Aufgaben sind:

- Genehmigung der Ausgabe von **Euro-Banknoten** und **Menge der Euro-Geldmünzen** (die Prägung der Münzen obliegt den nationalen Zentralbanken)
- Erhebung und Aufbereitung von **Statistiken** zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben
- Mitwirkung bei der **Finanzstabilität** und **Aufsichtsfragen**
- **Internationale und europäische Zusammenarbeit** mit relevanten Organen, Einrichtungen und Foren zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

Das Statistische Amt der EU ermittelt den HVPI sowohl für die EU als auch für den Euroraum. Die EZB nutzt den Index für den Euroraum, um die Erreichung ihres Inflationszieles (2 % p. a.) zu überprüfen.

Wie funktioniert die Geldpolitik der EZB?

Die EZB versorgt die Geschäftsbanken mit Geld, das diese in Umlauf bringen. Das Guthaben, das die Geschäftsbanken bei der EZB unterhalten, nennt man Zentralbankgeld. Das Geld in den Händen von Nichtbanken ist die Geldmenge. Die EZB

steuert die Geldmenge, indem sie die Geschäftsbanken mit mehr oder weniger Liquidität, d. h. Geld, versorgt.

Die EZB stellt mit ihrer Geldpolitik nicht nur die Liquiditätsversorgung der Banken sicher, sondern verfolgt damit auch das Ziel, die Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken zu erleichtern oder einzuschränken. Dies steuert sie vor allem über ihre Zinspolitik (Preis für das Zentralbankgeld).

Zentralbankguthaben

Ist das Geld, das Geschäftsbanken auf ihren Konten bei der EZB unterhalten.

Nichtbanken beschaffen sich Geld von den Geschäftsbanken entweder über die Aufnahme eines Kredits oder verfügen über ihre Kontoguthaben (bar und unbar). Der Teil, der in den Konsum oder in Investitionen geht, fließt auf diesen Wegen in den Wirtschaftskreislauf ein.

Nichtbanken

Nichtbanken sind private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbscharakter wie beispielsweise Vereine, öffentliche Haushalte und alle Wirtschaftsunternehmen, die keine Banken sind.

Die Wirksamkeit der Geldpolitik der EZB hängt jedoch in starkem Maße davon ab, ob die Geschäftsbanken tatsächlich ihre Kreditvergabepolitik ausweiten oder einschränken. Denn eine Verpflichtung hierzu besteht nicht. Die Banken können das Geld der Zentralbank auch nutzen, um beispielsweise ihre eigenen Kapitalreserven aufzufüllen. Aus diesem Grund zeigt die Geldpolitik der EZB meist erst nach 2–3 Jahren Wirkung auf die Wirtschaft.

Wie setzt sich die Geldmenge zusammen?

Die Geldmenge setzt sich aus insgesamt 4 Teilmengen zusammen.

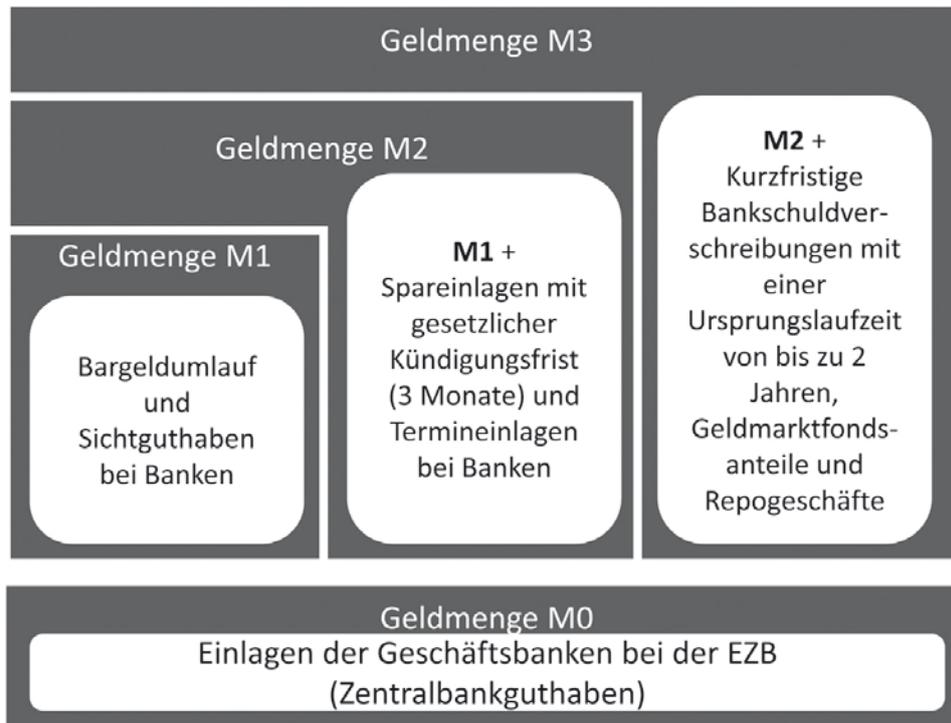


Abb. 22: Geldmenge

Für die Geldpolitik der EZB ist die Geldmenge M3 ausschlaggebend. Dieses Geld beeinflusst die kurzfristige Nachfrage am Markt und kann somit preissteigernde oder -senkende Effekte in der Wirtschaft auslösen.

Repogeschäfte

Repogeschäfte sind Wertpapiergeschäfte mit einer Rückkaufsvereinbarung (auch Pensionsgeschäfte genannt). Es handelt sich um kurzfristige Kreditgeschäfte in Form eines Wertpapierverkaufs gegen Geldzahlung und der Verpflichtung, diese Wertpapiere nach der vereinbarten Laufzeit zurückzunehmen. In Bezug auf die Geldmenge finden diese Geschäfte zwischen den Geschäftsbanken und ihren Kunden statt.

Ebenso ist die Geldmenge M3 der ausschlaggebende Indikator dafür, ob und wie die Geldpolitik der EZB greift. Im Bedarfsfall nimmt sie mit den ihr zur Verfügung stehenden geldpolitischen Instrumenten Einfluss auf diese Geldmenge.

Geldmenge

Die Geldmenge ist der volkswirtschaftliche Bestand an Geld in den Händen von Nichtbanken (private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbscharakter wie beispielsweise Vereine, öffentliche Haushalte und alle Wirtschaftsunternehmen, die keine Banken sind).

Welche geldpolitischen Instrumente stehen der EZB für ihre Geldpolitik zur Verfügung?

Die EZB nimmt mit ihren geldpolitischen Instrumenten, beispielsweise über die Veränderung der Leitzinsen, Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen und die Entwicklung des Preisniveaus.

Der EZB stehen nachfolgende geldpolitische Instrumente zur Verfügung:

- Offenmarktgeschäfte
- Ständige Fazilitäten
- Mindestreserven
- Sondermaßnahmen

Leitzinsen

Leitzinsen sind einseitig von der EZB festgesetzte Zinssätze für ihre Geschäfte mit den Geschäftsbanken. Sie beeinflussen unmittelbar die Geldaufnahme (sog. Refinanzierung) oder Geldanlage der Geschäftsbanken bei der EZB. Die Leitzinsen wirken sich auch auf den Geldmarkt aus, an dem sich Banken untereinander kurzfristig Liquidität zur Verfügung stellen. Der wichtigste Leitzins der EZB ist der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte.

Offenmarktgeschäfte

Bei Offenmarktgeschäften handelt es sich vereinfacht beschrieben um den An- und Verkauf von notenbankfähigen Wertpapieren, die am Finanzmarkt (= offener Markt) gehandelt werden und an dem alle zugelassenen Geschäftspartner des Eurosystems teilnehmen können.

Notenbankfähige Sicherheiten

Für Kreditgeschäfte mit der EZB müssen die Geschäftspartner ausreichende Sicherheiten stellen. Diese notenbankfähigen Sicherheiten müssen bestimmte Qualitätsvoraussetzungen (z. B. Bonität der Emittenten) erfüllen.

Hintergrund bei den Wertpapierankäufen ist es, die Geschäftsbanken mit Zentralbankgeld zu versorgen. Umgekehrt entziehen Wertpapierverkäufe seitens der EZB den Banken Zentralbankguthaben. Die Refinanzierungsgeschäfte (Bezeichnung für die Kreditvergabe an Banken) können befristet in Form von Repogeschäften oder unbefristet abgeschlossen werden. Welches Instrument in welchem Umfang innerhalb der Offenmarktgeschäfte bereitgestellt wird, liegt in der Entscheidung der EZB.

Die Ziele der Offenmarktgeschäfte sind:

- Einflussnahme auf die kurzfristigen Zinssätze und die Liquidität am Interbankenmarkt (Geldmarkt)
- Liquiditätsabschöpfung (Reduzierung der Geldmenge) durch den Verkauf von Wertpapieren bzw. umgekehrt Liquiditätszuführung (Erhöhung der Geldmenge) durch den Ankauf von Wertpapieren
- Ausgleich von unerwarteten Liquiditätsschwankungen der Banken durch ad hoc durchgeführte Offenmarktgeschäfte
- Strukturelle Organisation von beispielsweise längerfristiger Liquiditätsversorgung des Interbankenmarktes



Abb. 23: Instrumente der Offenmarktgeschäfte

Nachfolgend die zwei wichtigsten Instrumente der Offenmarktgeschäfte im Detail:

- **Hauptrefinanzierungsgeschäfte:** Das Volumen dieser Geschäfte wird von der EZB festgelegt. Diese berücksichtigt neben ihrem eigentlichen geldpolitischen Ziel dabei auch, ob sich der Bedarf der Geschäftsbanken an Zentralbankgeld, beispielsweise aufgrund des Bargeldbedarfs für das Weihnachtsgeschäft, verändert hat. Der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft ist

der wichtigste Leitzins im Euroraum. Hebt der EZB-Rat die Leitzinsen an, wird dies oft als „Straffung“ der Geldpolitik bezeichnet, da das Zentralbankgeld damit verteuert wird. Bei einer Zinssenkung ist von einer „Lockerung“ die Rede.

- **Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte:** Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte dienen dazu, dem Bankensystem längerfristig Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen.

Refinanzierung

Damit Banken die Wirtschaft mit Geld versorgen können (Bargeld oder Kreditvergabe) müssen sie selbst über das entsprechende Kapital verfügen. Dazu gehört vor allem die Beschaffung von Zentralbankgeld über die Zentralbanken (auch Notenbanken genannt). Diesen Refinanzierungsbedarf nutzt die EZB für ihre Geldpolitik und wickelt die Refinanzierung in der Regel über Offenmarktgeschäfte ab.

Ständige Fazilitäten

Ständige Fazilitäten sind „Möglichkeiten“ der Geschäftsbanken, sich von der EZB über Nacht benötigte Liquidität auszuleihen oder überschüssige Liquidität anzulegen. Die Initiative für die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten liegt bei den Geschäftsbanken. Die Geschäftsbanken haben alternativ zur EZB die Möglichkeit, sich direkt untereinander über den Geldmarkt mit Liquidität zu versorgen bzw. Liquidität anzulegen. Ausschlaggebend dafür, welche Möglichkeit in Anspruch genommen wird, ist hierbei unter anderem die Höhe der angebotenen bzw. zu zahlenden Zinssätze.

Dementsprechend gibt es zwei Arten von ständigen Fazilitäten:

- **Einlagenfazilitäten:** „Über-Nacht“-Anlagemöglichkeit
- **Spitzenrefinanzierungsfazilitäten:** „Über-Nacht“-Kreditaufnahmemöglichkeiten

Diese Geschäfte haben eine Laufzeit bis zum nächsten Geschäftstag und werden deshalb auch als „Über-Nacht-Geschäfte“ bezeichnet. Die hierfür geltenden Zinssätze zählen ebenfalls zu den so genannten Leitzinsen. Der Zinssatz für die Einlagenfazilität ist die Untergrenze für Tagesgeld am Geldmarkt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität ist die Obergrenze für Tagesgelder am Geldmarkt.

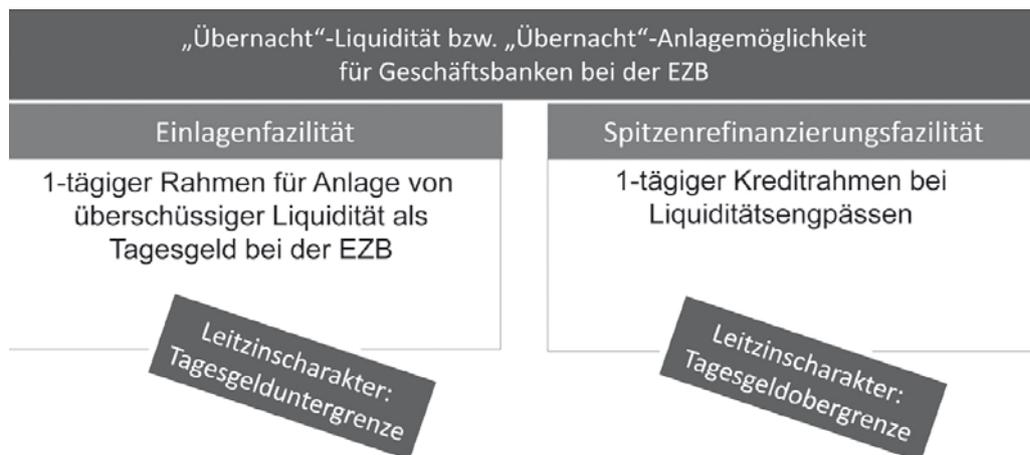


Abb. 24: Ständige Fazilitäten

EONIA (Euro Over Night Index Average)
Dieser Zinssatz wird zwischen Banken für unbesicherte, auf Euro lautende „Über-Nacht“-Kredite am Geldmarkt gezahlt. Vereinfacht ausgedrückt ist es ein gewichteter Durchschnittszinssatz, der sich aus den einzelnen Kreditabschlüssen des Tages ergibt. Die tägliche Berechnung des EONIA übernimmt die EZB.

Mindestreserve

Die Pflicht der Geschäftsbanken zur Hinterlegung einer Mindestreserve auf ihren Zentralbankkonten bezweckt, dass die Geschäftsbanken dauerhaft einen stabilen Bedarf an Zentralbankgeld haben und dadurch darauf angewiesen sind, direkt oder indirekt an den Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems teilzunehmen. Der vorgeschriebene Umfang an Mindestreserven (Stand seit Oktober 2013) beträgt 1 % der Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ihren Kunden unter Anrechnung eines Freibetrages in Höhe von 100.000 €.

Sondermaßnahmen

In besonderen Krisensituationen stehen der EZB weitere geldpolitische Instrumente zur Verfügung.

- **Vollzuteilungspolitik** anstelle der sonst üblichen Teilzuteilungspolitik (Tenderverfahren) bei den Offenmarktgeschäften
- **Erweiterung des Sicherheitenrahmens:** Lockerung der Anforderungen an zentralbankfähige Sicherheiten bei Refinanzierungsgeschäften
- **Ankaufprogramme:** Ankauf von besicherten Wertpapieren über Banken: Anleihen privater und öffentlicher Emittenten (Beispiel ist das derzeitige Ankaufprogramm der EZB in Form eines Quantitative Easing (QE), d. h. die Wirtschaft wird über die Anleihekäufe der EZB direkt mit Kapital versorgt. Wichtig hierbei:

Die EZB investiert in die Wertpapiere über den Kapitalmarkt wie jeder andere Anleger auch. Eine direkte Unternehmens- oder Staatsfinanzierung ist der EZB verboten).

- **Forward Guidance:** Hierbei handelt es sich um eine Kommunikationsstrategie, bei der Informationen über die langfristige Ausrichtung der Geldpolitik veröffentlicht werden.

Tenderverfahren

Im Prinzip handelt es sich bei einem Tenderverfahren um eine Versteigerung. Die EZB setzt die Rahmenbedingungen fest, beispielsweise wieviel Zentralbankgeld sie den Geschäftsbanken zur Verfügung stellen will und zu welchem Mindestzinssatz. Danach können die Geschäftsbanken Gebote abgeben (Menge und Zinssatz). Die EZB erteilt dann je nach Detailbedingungen des Tenderverfahrens den Zuschlag für die gewünschten Teilgeldbeträge.

Wie wirken sich die geldpolitischen Maßnahmen auf die Geldmenge aus?

Nachfolgend sehen Sie die Auswirkungen der einzelnen geldpolitischen Maßnahmen auf die Geldmenge und somit auf die Inflation. Steigende Geldmenge bedeutet, dass der Wirtschaft über die Geschäftsbanken mehr Geld für Konsum und Investitionen zur Verfügung gestellt wird. Mit dem daraus möglichen Wirtschaftswachstum sind Preissteigerungen und somit Inflation verbunden. Umgekehrt verhält es sich mit einer sinkenden Geldmenge.

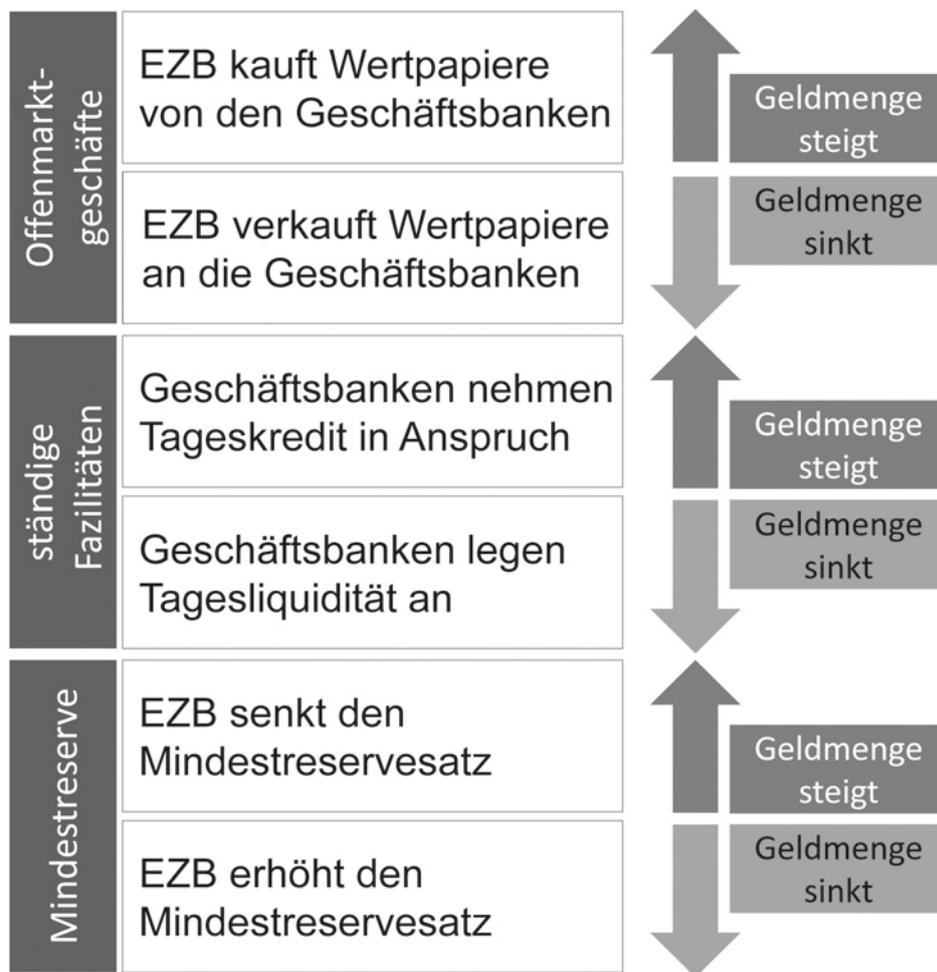


Abb. 25: Geldpolitik und Geldmenge

Geschäftsbanken, die mit der EZB zusammenarbeiten können, werden auch als Geschäftspartner bezeichnet. Geschäftspartner sind alle Finanzinstitute, die u. a. der Mindestreservepflicht und der Überwachung durch eine nationale Aufsichtsbehörde (in Deutschland: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin) unterliegen.

Wie setzt die EZB ihre Geldpolitik in Abhängigkeit von der jeweiligen Konjunkturphase im Euroraum ein?

Die geldpolitischen Instrumente der EZB besitzen unterschiedliche Wirkungskraft.

Dazu kommt, dass die EZB in Europa mit einer durchaus komplexen Situation konfrontiert ist. Während mit Deutschland eine Volkswirtschaft mit einem nachhaltigen und anhaltenden Wirtschaftswachstum zum Euroraum gehört, kämpfen am anderen Ende zahlreiche, vor allem südeuropäische Staaten mit Wirtschaftsproblemen und einer entsprechenden Deflationsgefahr. Maßnahmen der EZB zielen derzeit vor allem auf die Stabilisierung des Preisniveaus und der Inflation in den wirtschaft-

lich schwachen Ländern des Euroraums. Eigentlich müsste sich die EZB in Bezug auf die Konjunkturlage in Deutschland genau entgegengesetzt zu ihrer aktuellen Geldpolitik verhalten. Da die EZB keine „Zweiklassen“-Geldpolitik verfolgen kann, können auch die deutschen Banken das historisch niedrige Leitzinsniveau nutzen, was die deutsche Wirtschaft weiter ankurbelt.

Die beiden geldpolitischen Grundausrichtungen der EZB werden wie folgt bezeichnet:

- **Expansive Geldpolitik**
 - Einsatz in der Rezession
 - Zinssenkungen zur Erhöhung der Geldmenge und Kreditvergabemöglichkeiten
 - Ziel: Unternehmen und Privathaushalte können sich günstige Kredite bei den Banken beschaffen, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und in Folge die Produktion und Beschäftigung steigert und einen Wirtschaftsaufschwung fördert
- **Restriktive Geldpolitik:**
 - Einsatz in einer Expansion mit Übergang zum Boom
 - Zinserhöhung zur Verknappung der Geldmenge
 - Ziel: Die Inflationsrate soll wieder auf den von der EZB verfolgten Zielwert gesenkt und Preisstabilität hergestellt werden. Die Refinanzierung der Geschäftsbanken verteuert sich ebenso wie die Kredite an Unternehmen und Privathaushalte. Die Nachfrage nach Krediten sinkt und Konsum und Investitionen werden zurückgestellt.

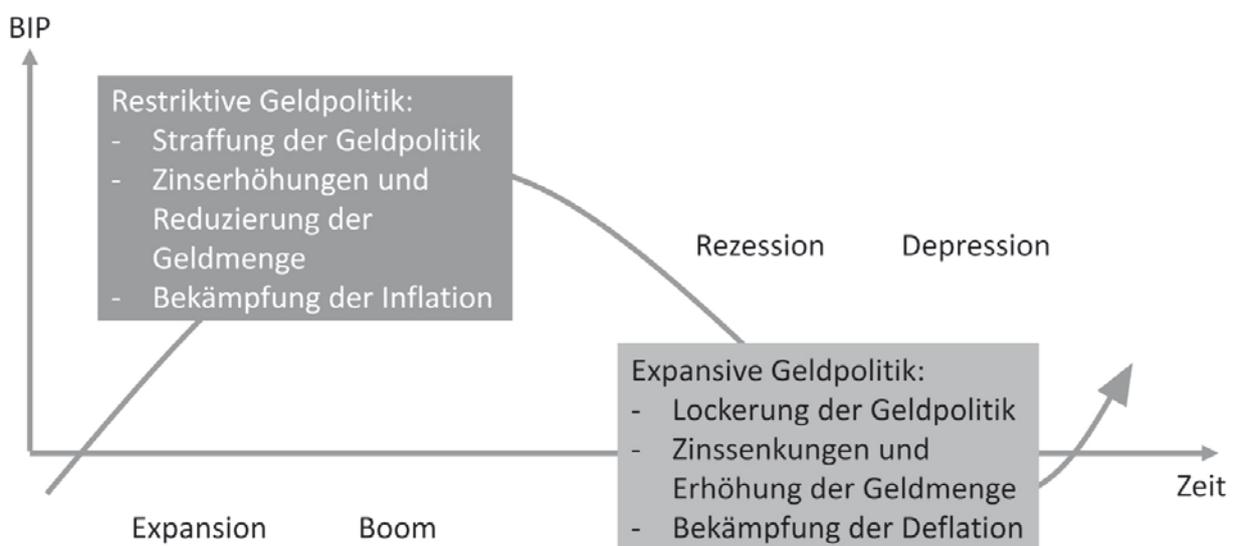


Abb. 26: Geldpolitik in unterschiedlichen Konjunkturphasen

Die Maßnahmen der EZB sind keine Garantie für deren Wirksamkeit. In welchem Umfang Zinsveränderungen der EZB von den Geschäftsbanken an deren Kunden weitergegeben werden, ist Sache der Geschäftsbanken. Außerdem können die allgemeinen Wirtschaftsaussichten die tatsächliche Investitionspolitik der Unternehmen und das Konsumverhalten der privaten und öffentlichen Haushalte stärker beeinflussen als die Maßnahmen der EZB. Auch unvorhersehbare Einflussfaktoren aus dem nationalen und internationalen politischen Umfeld können die geldpolitischen Maßnahmen der EZB verstärken oder ausbremsen.

Was bedeutet die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Zusammenhang mit der Geldmenge?

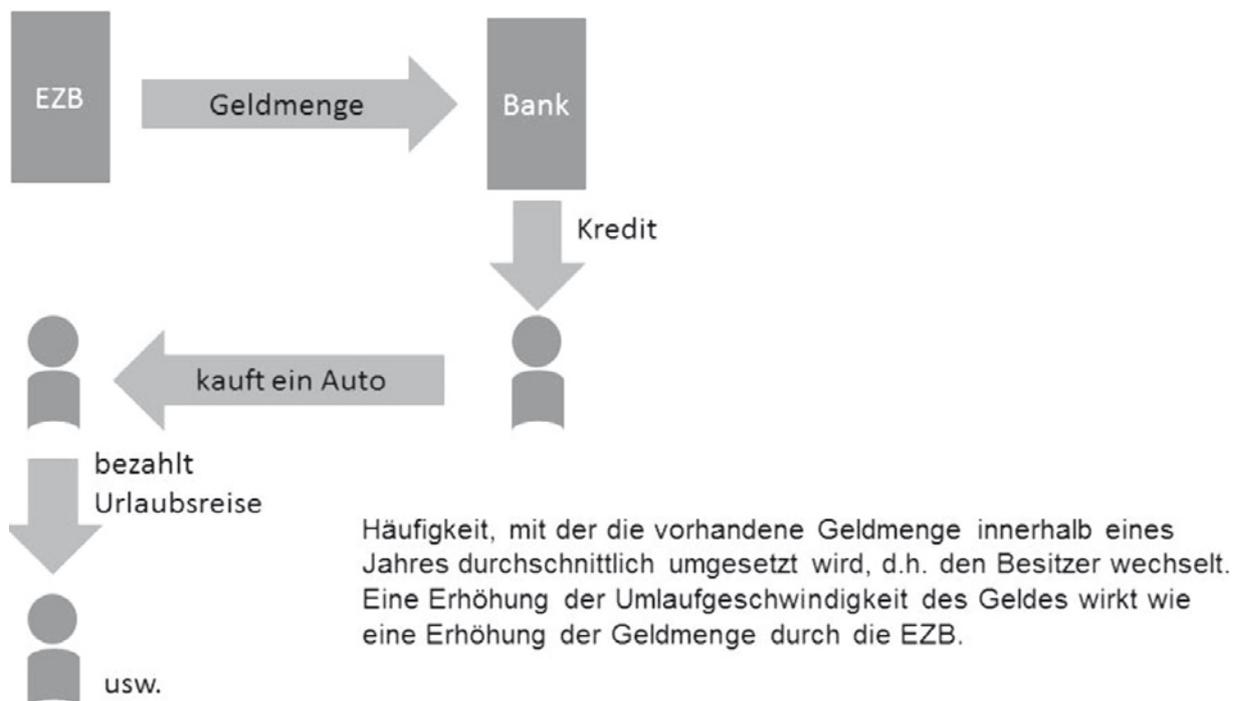


Abb. 27: Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

Ob ihre Geldpolitik erfolgreich ist, kann die EZB nicht nur am Volumen der Geldmenge in den Händen der Nichtbanken feststellen. Vielmehr ist eine weitere Kennzahl wichtig: die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Einmal in den Händen einer Nichtbank angekommen, wird Geld weiter investiert bzw. ausgegeben. Der Privathaushalt kauft sich ein neues Auto, der Autohändler finanziert damit seinen nächsten Urlaub, das Reiseunternehmen kann in neue Büroausstattungen investieren und so weiter. Je schneller das Geld innerhalb eines bestimmten Zeitraums den Eigentümer wechselt, umso höher ist dadurch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Und diese wirkt wie eine Geldmengenerhöhung.

2.1.5 Basisrisiken der Wertpapieranlage

Ein Grund, warum wirtschaftliche Grundlagen bei der Finanzanlagenvermittlung eine Bedeutung haben, ist, dass sie auch Teil der Basisrisiken einer Wertpapieranlage sind. **Basisrisiken** bedeuten, dass diese Risiken grundsätzlich auf alle Arten von Wertpapieren zutreffen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Der Umfang der Basisrisiken ist zwar gesetzlich nicht festgelegt, entspricht jedoch der allgemeinen branchenüblichen Definition und basiert letztlich auch auf der Auflistung im Rahmenplan „Geprüfte-/r Finanzanlagenfachmann/-fachfrau IHK“.

Nachfolgend finden Sie eine Auflistung und Beschreibung der Basisrisiken der Wertpapieranlage.

Konjunkturrisiko	Das Risiko von Konjunkturschwankungen und deren Auswirkungen auf die Kurs- und Zinsentwicklung
Inflationsrisiko (Kaufkraft- verlustrisiko)	Das Risiko des Wertverlustes geldwerter Anlagen
Länder- und Transferrisiko	Das Risiko, dass ausländische Schuldner aufgrund von staatlichen Devisenbeschränkungen keine Erträge/ Tilgungen mehr ins Ausland transferieren können
Währungsrisiko	Das Risiko, durch Devisenkursveränderungen Wertverluste zu erleiden (nur bei fremden Währungen)
Volatilität	Risikokennzahl für das Kursschwankungsrisiko innerhalb des Betrachtungszeitraums
Liquiditätsrisiko	Das Risiko, dass der Anleger nicht mehr jederzeit zu marktgerechten Preisen verkaufen kann
Psychologisches Marktrisiko	Das Risiko irrationaler Einflussfaktoren (Meinungen, Gerüchte) auf die Kursentwicklung
Steuerliche Risiken	Das Risiko, dass Steuerabzüge den Ertrag und den Wert der Wertpapiere schmälern
Risiko bei kreditfinanzierten Wertpapierkäufen	Das Risiko, bei Kursverlusten trotzdem den vollen Wertpapierkredit tilgen zu müssen.

Abb. 29: Basisrisiken der Wertpapieranlage

Das Wichtigste zusammengefasst:

Wirtschaftliche Grundlagen sind die Basis zum Verständnis der Welt der Finanzanlagen.

Sie kennen nun:

- Märkte und Beteiligte und weitere volkswirtschaftliche Grundmodelle, wie beispielsweise die Preisbildung, die Kapitalbildung durch Sparen und den einfachen und erweiterten Wirtschaftskreislauf
- Wirtschaftspolitische Ziele (stetiges Wachstum, hoher Beschäftigungsgrad, ausgeglichener Außenhandel, angemessenes Preisniveau) und deren Indikatoren (Bruttoinlandsprodukt, Inflationsrate, Außenbeitrag und Arbeitslosenquote)
- Konjunkturphasen und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten, Zinsen oder Aktien- und Anleihekurse
- Die EZB und ihre Geldpolitik mit den damit verbundenen Aufgaben, Zielen (Stabilisierung des Preisniveaus im Euro-Währungsgebiet und Werterhalt des Euro), geldpolitischen Instrumenten (Mindestreserve, Offenmarktgeschäfte, Ständige Fazilitäten und Sondermaßnahmen), Strategien (expansiv/restriktiv) und den Auswirkungen von Leitzinsen und der Geldmengensteuerung
- Basisrisiken der Wertpapieranlagen

Sie verstehen Ihr wirtschaftliches Basiswissen als Grundlage für die Beratung Ihrer Kunden hinsichtlich Chancen und Risiken der Finanzanlage.

Sie nutzen Ihr wirtschaftliches Verständnis in Ihrer täglichen Arbeit und können Ihr Wissen, beispielsweise beim Stöbern durch die aktuelle Tagespresse, anwenden und weiter vertiefen. Auch die Qualität Ihrer Beratung können Sie mit Hilfe Ihres neuen Wissens erweitern.

Im nächsten Kapitel steigen wir in die Welt der Finanzanlagen ein.

Dabei stelle ich Ihnen auch ein einfaches Grundmodell vor, um die grundsätzlichen Anlagekriterien von Anlegern herauszufinden: das magische Dreieck der Vermögensanlage.

Als Finanzanlagenvermittler dürfen Sie zwar einige der im Folgenden vorgestellten Finanzanlagen (beispielsweise Aktien oder Anleihen) nicht direkt vermitteln (außer Sie besitzen darüber hinaus eine Zulassung nach § 32 KWG und unterliegen der Aufsicht der BaFin), allerdings zählen diese zum Anlageuniversum offener Invest-

mentvermögen. Diese wiederum zählen zu den Finanzanlagen, die Sie als Finanzanlagenvermittler mit der entsprechenden Teilerlaubnis direkt vermitteln dürfen.

Somit liefert Ihnen das nachfolgende Kapitel die Grundlagen für das Verständnis, mit welchen Instrumenten die Fondsmanager (Verwalter offener Investmentvermögen) arbeiten, und das für Ihren erfolgreichen Verkauf notwendige Hintergrundwissen zu den verschiedenen Arten von offenen Investmentvermögen. Die verschiedenen Arten von offenen Investmentvermögen stelle ich Ihnen dann in Kapitel 3 Offene Investmentvermögen vor.

► **Aufgaben zum Kapitel 2.1 Wirtschaftliche Grundlagen**

Ihr Wissen auf dem Prüfstand:

1. Welche Aussagen zur Preisbildung treffen zu? (MC)
 - a) Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.
 - b) Steigende Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot führt zu fallenden Preisen.
 - c) Steigende Preise können zu sinkender Nachfrage führen.
 - d) Steigende Preise erhöhen die Nachfrage.
 - e) Sinkende Preise erhöhen das Angebot.

2. Welche Ströme werden im Wirtschaftskreislauf dargestellt? (MC)
 - a) Güterströme
 - b) Haushaltsströme
 - c) Kreditströme
 - d) Geldströme
 - e) Subventionsströme

3. Welche Ziele gehören gemäß Stabilitätspakt zur Wirtschaftspolitik? (MC)
 - a) angemessene Außenbeitragsquote
 - b) stetiges Wirtschaftswachstum
 - c) expansives Preisniveau
 - d) stabiles Beschäftigungswachstum
 - e) außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - f) hoher Beschäftigungsgrad

4. Welche Aussagen zu den Indikatoren der wirtschaftspolitischen Ziele sind richtig zugeordnet? (MC)
 - a) Das Bruttoinländerprodukt misst das Wirtschaftswachstum.
 - b) Die Arbeitslosenquote misst den Beschäftigungsgrad.
 - c) Die Außenbeitragsquote entspricht dem Wirtschaftswachstum.
 - d) Die Inflationsrate ist Indikator für das Preisniveau.

5. Welcher Indikator dient als Maßstab für den Konjunkturverlauf? (SC)
 - a) Arbeitslosenquote
 - b) Außenbeitragsquote
 - c) Inflationsrate
 - d) Verbraucherpreisindex
 - e) Bruttoinlandsprodukt

6. Welche Auswirkungen sind typisch für die Rezession? (MC)
 - a) Rückgang der Investitionen
 - b) höchste Arbeitslosenquote
 - c) sinkende Gewinne
 - d) starke Preiserhöhungen
 - e) steigende Beschäftigungszahlen
 - f) Konsumrückgang

7. Welche Maßnahmen kann der Staat zum Ankurbeln der Wirtschaft ergreifen? (MC)
 - a) Abbau und Kürzung von Subventionen
 - b) Investition in Infrastrukturmaßnahmen
 - c) Aussetzung von steuerlichen Abschreibungsvergünstigungen
 - d) Steuererhöhungen
 - e) Steuersenkungen
 - f) Verringerung der staatlichen Ausgaben

8. Welche Aufgaben bzw. Ziele gehören zur EZB? (MC)
 - a) Sicherung der Preisstabilität in Europa
 - b) Transferaufgaben im Euro-Zahlungssystem
 - c) Festlegung der Geldpolitik
 - d) Durchführung von Devisengeschäften
 - e) Sicherung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet
 - f) Festlegung der Wirtschaftspolitik für Europa

9. Welche geldpolitischen Instrumente stehen der EZB zur Verfügung? (MC)
- a) Mindestreserve
 - b) Offenmarktgeschäft
 - c) Laufende Fazilitäten
 - d) Geldmarktgeschäfte
 - e) Ständige Fazilitäten
 - f) Geldmengenreserve
10. Welche Merkmale kennzeichnen eine expansive Geldpolitik der EZB? (MC)
- a) Erhöhung der Geldmenge
 - b) Senkung der Geldmenge
 - c) Senkung der Leitzinsen
 - d) Erhöhung der Mindestreserve
 - e) Erhöhung der Leitzinsen
11. Welche Aussage beschreibt das Bonitätsrisiko richtig? (SC)
- a) Das Risiko mangelnder Zahlungsfähigkeit des Emittenten
 - b) Das Risiko mangelnder Zahlungsfähigkeit des Anlegers
 - c) Das Risiko mangelnder Zuverlässigkeit der depotführenden Stelle
 - d) Das Risiko ungeregelter Vermögensverhältnisse des Vermittlers
12. Welche Aussage trifft auf das Währungsrisiko zu? (SC)
- a) Das Risiko, bei auf Euro lautenden Anleihen durch Währungsschwankungen Verluste zu erleiden
 - b) Das Risiko durch mangelnde Bonität ausländischer Emittenten
 - c) Das Risiko zu geringer Währungsreserven des Emittenten
 - d) Das Risiko, bei Fremdwährungsanleihen durch Devisenkursschwankungen Verluste zu erleiden

2.2 Grundlagen über Finanzinstrumente und Kategorien von Finanzanlagen

Die Finanzanlageprodukte umfassen vor allem 3 Gruppen von Finanzanlagen:

- Finanzanlageprodukte in Form von Einlagen bei Banken
- nicht börsennotierte Finanzanlageprodukte und
- börsennotierte Finanzanlageprodukte

In der Gesetzgebung findet sich darüber hinaus der Begriff der Finanzinstrumente, den ich Ihnen gleich zu Beginn des nächsten Unterkapitels erläutern werde. Er umfasst u. a. die börsennotierten und nicht börsennotierten Finanzanlageprodukte, nicht jedoch die Finanzanlagen in Form von Einlagen bei Banken.

2.2.1 Geldanlageformen

Finanzinstrumente

Finanzinstrumente im Sinne § 1 Abs. 11 KWG			
Aktien und Zertifikate auf Aktien			
Schuldtitel und Zertifikate auf Schuldtitel	Inhaber-Schuldverschreibungen	Order-Schuldverschreibungen	Genussscheine
Vermögensanlagen im Sinne §1 Abs. 2 VermAnlG	Genussrechte	Geschlossene Unternehmensbeteiligungen	Stille Beteiligungen
	Partiarische Darlehen	Genossenschaftsanteile	
sonstige Rechte	Options- und Wandelanleihen	Optionsscheine	
Anteile an Investmentvermögen im Sinne KAGB	offene Investmentvermögen	geschlossene Investmentvermögen	
Geldmarktinstrumente	Tages-, Festgeld, Spareinlagen		
Devisen und Rechnungseinheiten	Bargeld		
Derivate	Optionen	Futures	

Abb. 30: Finanzinstrumente im Sinne § 1 Abs. 11 KWG

Finanzinstrumente gemäß § 1 Abs. 11 des Kreditwesengesetzes (KWG) sind:

1. Aktien und andere Anteile an in- oder ausländischen juristischen Personen, Personengesellschaften und sonstigen Unternehmen, soweit sie Aktien vergleichbar sind, sowie Zertifikate, die Aktien oder Aktien vergleichbare Anteile vertreten.
2. Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Vermögensanlagengesetzes mit Ausnahme von Anteilen an einer Genossenschaft im Sinne des § 1 Genossenschaftsgesetz
3. Schuldtitel, insbesondere Genussscheine, Inhaberschuldverschreibungen, Orderschuldverschreibungen und diesen Schuldtiteln vergleichbare Rechte, die ihrer Art nach auf den Kapitalmärkten handelbar sind, mit Ausnahme von Zahlungsinstrumenten sowie Zertifikaten, die diese Schuldtitel vertreten.
4. Sonstige Rechte, die zum Erwerb oder zur Veräußerung von Rechten nach den Nummern 1 bis 3 berechtigen oder zu einer Barzahlung führen, die in Abhängigkeit von solchen Rechten, von Währungen, Zinssätzen oder anderen Erträgen, von Waren, Indices oder Messgrößen bestimmt wird
5. Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Abs. 1 des Kapitalanlagegesetzbuches
6. Geldmarktinstrumente
7. Devisen oder Rechnungseinheiten sowie
8. Derivate

Der Gesetzgeber macht es Ihnen zugegebenermaßen nicht leicht, wenn er solche prüfungsrelevanten Oberbegriffe mit jeder Menge weiterer Fachbegriffe erklärt. Deshalb ein paar ergänzende Erläuterungen zu den oben genannten Finanzinstrumenten.

Zu 1.: Sämtliche von inländischen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien nach dem Aktiengesetz (AktG) begebenen Aktien fallen unter die Regelung. Zu Aktien und Aktienzertifikaten finden Sie weitere Details im Kapitel 2.2.3 Börsennotierte Finanzanlagen.

Zertifikate

Zertifikate, die beispielsweise Aktien oder Schuldtitel (Basiswerte) vertreten, verschaffen dem Inhaber zwar die wirtschaftliche Stellung eines Aktien- oder Anleiheinhabers, rechtlich ist jedoch ein Dritter (die herausgebende Bank des Zertifikates) Inhaber des Basiswertes. Der Inhaber des Zertifikats hat kein originäres Mitgliedschaftsrecht, sondern in der Regel nur einen schuldrechtlichen Anspruch darauf, dass das Mitgliedschaftsrecht nur nach seinem Willen ausgeübt wird.

Zu 2.: Vermögensanlagen sind nicht in Wertpapiere verbriefte und nicht als Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Abs. 1 KAGB ausgestaltete:

- Anteile, die eine Beteiligung am Ergebnis eines Unternehmens gewähren,
- Anteile an einem Vermögen, das der Emittent oder ein Dritter in eigenem Namen für fremde Rechnung hält oder verwaltet (Treuhandvermögen),

- Genussrechte,
- Namensschuldverschreibungen.

Zu Vermögensanlagen finden Sie weitere Details im Kapitel 5 Vermögensanlagen.

Genussrechte oder Genussscheine

Genussrechte sind nicht gesellschaftsrechtlich begründete Ansprüche gegen die Gesellschaft, die dem Inhaber auf der Basis einer schuldrechtlichen Vereinbarung neben einer Verzinsung weitere Rechte gewähren sollen, die typischerweise einem Gesellschafter (des Emittenten des Genussrechts) kraft des einschlägigen Gesellschaftsrechts zustehen; im Gegenzug sind Genussrechte im Falle der Insolvenz oder der Liquidation des Emittenten nachrangig zu bedienen. Genussscheine sind die verbriefte und somit handelbare Form der Genussrechte.

Zu 3.: Schuldtitel sind standardisierte und handelbare schuldrechtliche Ansprüche vermögensrechtlichen Inhalts, d. h. sie stellen keine Beteiligung an Unternehmen dar, sondern verbriefen eine Kapitalanlage beim Herausgeber (Emittent) mit einer vereinbarten Verzinsung und einem Kapitalrückzahlungstermin. Zu Schuldtiteln finden Sie weitere Details im Kapitel 2.2.3 Börsennotierte Finanzanlagen.

Schuldtitel

Der Begriff Schuldtitel ist ein von vielen synonym für verzinsliche Wertpapiere verwendeter Oberbegriff. Weitere Bezeichnungen sind Anleihen, Obligationen, Rentenpapiere und Schuldverschreibungen. Darüber hinaus gibt es Schuldtitel in vielen verschiedenen Ausgestaltungen, wie beispielsweise Bundesanleihen, Inhaberschuldverschreibungen, Unternehmensanleihen oder Orderschuldverschreibungen. Die Bezeichnungen sind abgeleitet von der Art des Herausgebers (Emittent) oder der Art der Übertragbarkeit.

Zu 4.: Unter Sonstige Rechte fallen alle standardisierten Optionen, wie beispielsweise Optionsscheine und Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten auf Aktien (Options- und Wandelanleihen) oder Aktienanleihen.

Da der Produktbereich Sonstige Rechte und Derivate nicht zum Umfang der Erlaubnis zur Finanzanlagenvermittlung fällt, wird in diesem Buch nicht näher auf diesen Produktbereich eingegangen. Im Kapitel 3 Offene Investmentvermögen finden vereinzelte Produkte nochmal Erwähnung im Zusammenhang mit den Anlageformen, in die ein offenes Investmentvermögen investieren darf, und im Rahmen der Betrachtung der damit verbundenen Risiken.

Zu 5.: Ein Investmentvermögen ist jeder Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer Anzahl von Anlegern (mehr als ein Anleger) Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren und der kein operatives Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ist. Weitere Informationen finden Sie in den Kapiteln 3. Offene Investmentvermögen und 4. Geschlossene Investmentvermögen.

Zu 6.: Geldmarktinstrumente sind alle Gattungen von Forderungen, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, mit Ausnahme von Zahlungsinstrumenten (Schecks, Wechsel u. ä.).

Zu 7.: Devisen sind auf fremde Währung lautende ausländische Zahlungsmittel mit Ausnahme von Bargeld. Hierzu gehören vor allem Bankguthaben in Fremdwährung, aber auch Wechsel, Schecks und Zahlungsanweisungen. Rechnungseinheiten sind im Gegensatz zu Devisen keine gesetzlichen Zahlungsmittel. Sie sind diesen jedoch gleichgestellt. Beispiele sind die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (IWF) – eine Art Kunstwährung, die sich aus einem Korb verschiedener Währungen zusammensetzt – oder privatrechtlich ausgegebene Komplementärwährungen wie beispielsweise Bitcoins.

Zu 8.: Derivate sind vom Grundsatz her als Kauf, Tausch oder anderweitig ausgestaltete Festgeschäfte oder Optionsgeschäfte anzusehen, die zeitlich verzögert in der Zukunft zu erfüllen sind und deren Wert sich unmittelbar oder mittelbar vom Preis oder Maß eines dem Derivat zugrunde liegenden Basiswertes (z. B. eines Wertpapiers oder Börsenindex) ableitet (Termingeschäfte). Sie werden zur Absicherung von Marktrisiken, aber auch zur Spekulation eingesetzt.

Weitere Informationen zu den Finanzinstrumenten hat auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin in einem Merkblatt auf ihrer Internetseite veröffentlicht:

[www.bafin.de Home/ Daten und Dokumente/ Merkblatt Finanzinstrumente und Merkblatt Finanzinstrumente \(Derivate\)](http://www.bafin.de/Home/Daten_und_Dokumente/Merkblatt_Finanzinstrumente_und_Merkblatt_Finanzinstrumente_(Derivate))

Anlagen auf Bankkonten, wie beispielsweise Spareinlagen oder Tages- und Festgelder, sind keine Finanzinstrumente, zählen aber zu den Finanzanlagen.

Sie fragen sich gerade, worin eigentlich der Unterschied zwischen den beiden Begriffen Finanzinstrumente und Finanzanlagen liegt? Der Begriff Finanzinstrumente findet sich im Kreditwesengesetz (KWG) und im Wertpapierhandelsgesetzbuch (WpHG) und definiert den in diesen Gesetzen und im Sinne dieser Gesetze verwendeten Begriff. Mit Finanzanlagen sind dagegen grundsätzlich alle Anlageformen gemeint, in die ein Anleger sein Geld investieren kann. Unter die Finanzanlagenvermittlung fallen die Finanzanlagen offene und geschlossene Investmentvermögen sowie die Vermögensanlagen. Diese Produkte wiederum können aber ihrerseits in Finanzinstrumente oder auch Bankeinlagen investieren. Als Finanzanlagenvermittler sollten Sie deshalb über das entsprechende Produktwissen verfügen, auch wenn Sie nicht alle Finanzinstrumente oder Finanzanlagen vermitteln dürfen.

Geschlossene Investmentvermögen und Vermögensanlagen finden Sie im Detail in den Kapiteln 4 und 5 beschrieben.

Finanzanlagen in Form von Bankeinlagen und börsennotierte bzw. nicht börsennotierte Finanzanlagen stelle ich Ihnen in den nun folgenden Textpassagen vor.

Doch zunächst beschreibe ich Ihnen die Merkmale, nach denen sich Finanzanlageprodukte voneinander abgrenzen lassen:

- Das magische Dreieck der Vermögensanlage
- Laufzeit/Verfügbarkeit/Liquidität
- Ertrag (Zins, Dividenden, Kursgewinne, Zinszahlungstermine)
- Sicherheit: Chancen und Risiken (Bonität, Währung, Inflation, Kursschwankungen)
- (Standard-)Kosten
- Emittenten
- Einlagen- und Institutssicherung

Das magische Dreieck der Vermögensanlage

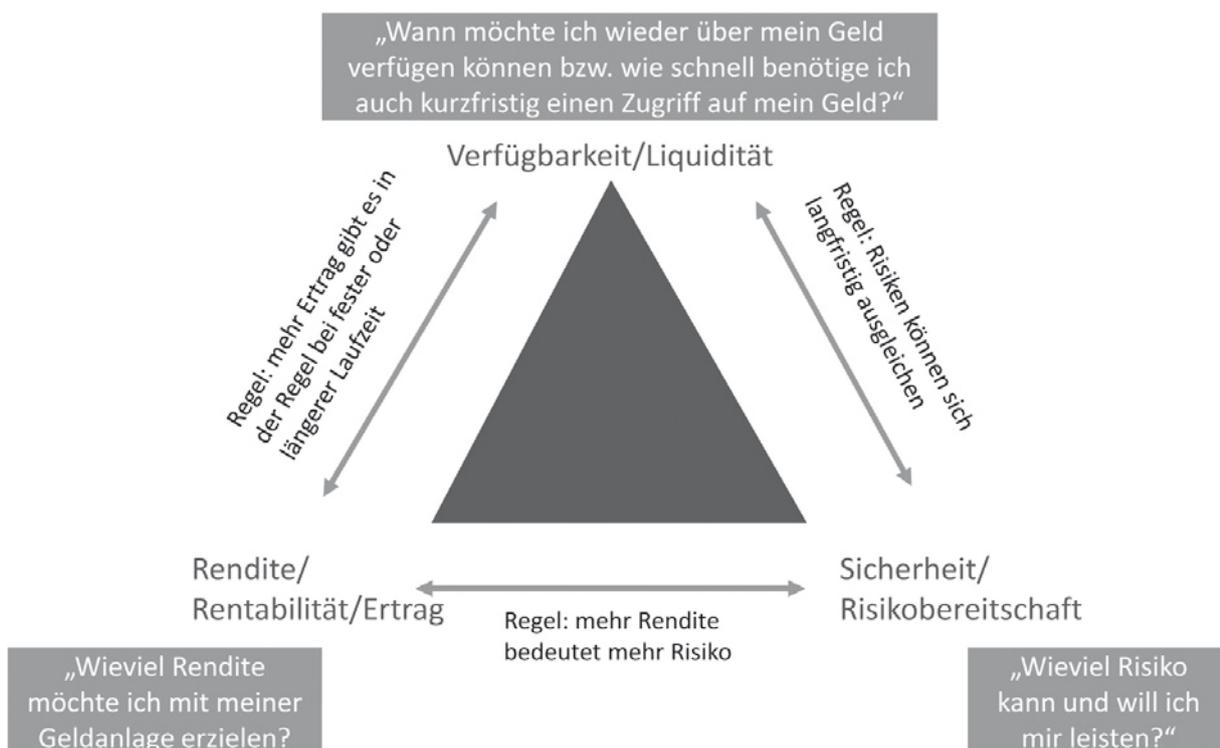


Abb. 31: Das magische Dreieck der Vermögensanlage